



Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis?

Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (Hrsg.):

Eine Tagungsdokumentation des Runden Tisches zur Politischen Bildung am 25.-26.02.2008 in München



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

C·A·P

Centrum für angewandte Politikforschung
Forschungsgruppe Jugend und Europa

Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis?



Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte
Politikforschung (Hrsg.):

Der Strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis?
Eine Tagungsdokumentation des Runden Tisches zur Politischen
Bildung am 25.-26.02.2008 in München.

Projekte der Forschungsgruppe Jugend und Europa werden im Rahmen
des Kinder- und Jugendplanes (KJP) des Bundes vom Bundes-
ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISBN 3-933456-43-6
München 2008

Forschungsgruppe Jugend und Europa
Centrum für angewandte Politikforschung
Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Tel.: 089/2180 1340
Fax.: 089/ 2180 1341
www.fgje.de



Gliederung

Vorwort	S 05
Programm	S 06
→ EINLEITUNG	
Der Strukturierte Dialog mit den Jugendlichen in der EU Eva Feldmann-Wojtachnia & Dr. Barbara Tham	S 08
Europa braucht Visionen, Konzept und Aktionen Interview mit Prof. Dr. Rita Süßmuth	S 11
→ PANEL 1: JUGENDPARTIZIPATION IN EUROPA: DIE EU-JUGENDPOLITIK UND IHR BEITRAG FÜR EINE AKTIVE EU-BÜRGERGESELLSCHAFT	
Der Strukturierte Dialog – ein neues Instrument der EU-Kommunikationsstrategie Jutta Koenig-Georgiades	S 14
Voraussetzungen für das Funktionieren des Strukturierten Dialogs in Deutschland Barbara Wurster, Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend	S 15
→ PANEL 2: STRUKTURIERTER DIALOG: ERFAHRUNGEN UND ANFORDERUNGEN	
Elemente einer langfristig erfolgreichen Umsetzung des Strukturierten Dialogs Claudius Siebel & Hans-Georg Wicke	S 18
Vorschläge für den Strukturierten Dialog aus regionaler Erfahrung Werner Theisen	S 23
Strukturierter Dialog: Erfahrungen und Anforderungen aus der Sicht von Jugendorganisationen Dörte Liebethuth	S 24
Gesprächspartner gesucht Ansätze im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa Jörg Reschke	S 27
→ PANEL 3: REGIONALE JUGENDPOLITIK UNTER EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE – MEHRWERT ODER REIBUNGSVERLUST?	
Die Jugend braucht eine Stimme Bernd Sibler	S 33

Jugendliche wollen konkrete Ergebnisse Josef Zellmeier, MdL	S 35
Europa lebt von Leidenschaft in der Vermittlung Margarete Bause, MdL	S 36
BEITEILIGUNG wird in München groß geschrieben Jana Frädlich	S 37
→ AUßENANSICHTEN	
Tagungskommentar mit schweizerischem Blick Markus Gander	S 41
Jugendpartizipation in Europa benötigt Kompetenzen, Raum und Strukturen Gertraud Diendorfer	S 44
→ TEILNEHMERBEITRÄGE	
Europäische Jugendpolitik als Koproduktion. Der Strukturierte Dialog als Element einer erneuerten Jugendstrategie der Europäischen Gemeinschaft Dr. Klaus Roggenthin	S 48
Ergebnisse des Eurobarometers und des DJI Jugendsurvey: Junge Menschen in Europa Dr. Wolfgang Gaiser & Johann de Rijke	S 52
→ RESÜMEE	
Perspektiven für den Strukturierten Dialog Eva Feldmann-Wojtachnia & Barbara Tham	S 57
Linkliste zum Strukturierten Dialog mit der Jugend	S 59



Vorwort

Politik muss den Diskurs mit den Jugendlichen suchen, wenn sie die junge Generation ernst nehmen und ihnen Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitgestaltung bei Themen, die sie direkt betreffen, eröffnen will. Das dies von Jugendlichen gewünscht und eingefordert wird, belegt eine euroweite Umfrage aus dem Jahr 2007: 81 % der befragten jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren gaben an, dass Jugendliche angehört werden sollten, bevor politische Entscheidungen, die sie betreffen, gefällt werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, angemessene Formen des partnerschaftlichen Dialogs mit jungen Menschen zu entwickeln.

In diesem Sinne wurde Ende 2006 als neues Instrument der europapolitischen Zusammenarbeit die Einrichtung eines Strukturierten Dialogs mit der Jugend ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Jugendpartizipation in den Mitgliedsstaaten nachhaltig zu intensivieren und junge Menschen aktiv in die Debatten über die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubeziehen.

Dies nahm die Forschungsgruppe Jugend und Europa zum Anlaß, am 25. und 26. Februar 2008 einen Runden Tisch zum Strukturierten Dialog mit der Jugend durchzuführen. Während der Veranstaltung wurden die bisher gemachten Erfahrungen gemeinsam erörtert und die damit verbundenen Ziele der europäischen Politik auf den Prüfstein gestellt. Die aus der Jugend- und Bildungsarbeit sowie aus der Politik und den Medien kommenden Teilnehmenden diskutierten lebhaft miteinander, wie der regelmäßige und dauerhafte Austausch zwischen jungen Menschen und den politischen Entscheidungsträgern auf den unterschiedlichsten Ebenen etabliert und gezielt gefördert werden kann. Die vorliegende Dokumentation fasst die Ergebnisse zusammen und zieht Bilanz für die Zukunft.

In diesem Sinne sei allen Referierenden und Teilnehmenden des Runden Tisches zum Strukturierten Dialog mit der Jugend herzlich für ihr Engagement gedankt. Den interessierten Leserinnen und Lesern dieser Dokumentation wünschen wir, dass sie sich von den Ergebnissen der Veranstaltung motivieren lassen, um in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen ebenfalls die Intensivierung des Dialogs mit der Jugend voranzubringen.

Forschungsgruppe Jugend und Europa
am Centrum für angewandte Politikforschung
Ludwig-Maximilians-Universität München
München, im Juli 2008



Programm

25. Februar 2008

- 17.00 Uhr Begrüßung und Einführung
- Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung
Visionen einer Europäischen Bürgergesellschaft
 - Frans Timmermans, Europaminister der Niederlande
 - Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.

18.30 Uhr Empfang CAP-München

26. Februar

- 09.00 Uhr Statement: Der Strukturierte Dialog – Anspruch und Wirklichkeit
- Eva Feldmann-Wojtachnia, Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung

- 09.30 Uhr Panel 1: Jugendpartizipation in Europa: Die EU-Jugendpolitik und ihr Beitrag für eine aktive EU-Bürgergesellschaft
- Jutta Koenig-Georgiades, EU-Kommission GD Bildung, Jugend und Kultur
 - Dr. Helga Trüpel, MEP, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport des EP
 - Barbara Wurster, Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend

Moderation: Eva Feldmann-Wojtachnia, Forschungsgruppe Jugend und Europa

11.00 Uhr Kaffeepause

- 11.30 Uhr Panel 2: Strukturierter Dialog: Erfahrungen und Anforderungen
- Hans-Georg Wicke, Leiter der Nationalagentur Jugend
 - Werner Theisen, Ministerium für Gesundheit und Soziales, Sachsen-Anhalt
 - Dörte Liebetruh, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit
 - Jörg Reschke, Servicestelle Jugendbeteiligung

Moderation: Dr. Barbara Tham, Forschungsgruppe Jugend und Europa

13.00 Uhr Mittagessen

- 15.00 Uhr Panel 3: Regionale Jugendpolitik unter europäischer Perspektive – Mehrwert oder Reibungsverlust?
- Bernd Sibler, Staatssekretär im Bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus
 - Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern“
 - Margarete Bause, MdL, Vorsitzende der Fraktion „Bd.90/Die Grünen“
 - Jana Frädrieh, Kinderbeauftragte der Stadt München
 - Alois Maichel, Bayerischer Jugendring

Moderation: Dr. Barbara Tham, Forschungsgruppe Jugend und Europa

16.30 Uhr

Der Strukturierte Dialog – Handlungsbedarf und Perspektiven

Außenansichten und Tagungskommentar:

- Markus Gander, Präsident der Kinder- und Jugendförderung Schweiz INFO KLICK.CH
- Mag. Gertraud Diendorfer, Geschäftsführerin Demokratiezentrum Wien

Moderation: Eva Feldmann-Wojtachnia, Forschungsgruppe Jugend und Europa

17.00 Uhr

Ende der Veranstaltung





EINLEITUNG

Eva Feldmann-Wojtachnia & Barbara Tham
Forschungsgruppe Jugend und Europa, München

Der Strukturierte Dialog mit den Jugendlichen in der EU

Jugendpolitischer Hintergrund und Ziele

Im Rahmen des 2001 veröffentlichten Weißbuch der Kommission mit dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ und der daraus folgenden offenen Koordinierungsmethode als neuem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa wurde als ein Schwerpunkt der gemeinsamen Zielsetzung die Förderung der Partizipation junger Menschen in Europa vereinbart. Dies spiegelt sich auch in der neuen Kommunikationsstrategie der EU und dem Plan für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion wider. Mit ihrer Hilfe sollen insbesondere auch die Beteiligung Jugendlicher gefördert und deren europäisches staatsbürgerliches Bewusstsein geschärft werden.

In diesem Sinne wurde Ende 2006 als neues Instrument die Einrichtung eines „Strukturierten Dialogs mit der Jugend“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Jugendpartizipation in den Mitgliedsstaaten nachhaltig zu intensivieren und junge Menschen aktiv in die Debatten über die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubeziehen.

Gemäß der entsprechenden Entschließung fordert der Rat die Mitgliedstaaten und die Kommission auf:

- „...einen kontinuierlichen und strukturierten Dialog zu unterstützen, damit ein rechtzeitiger und wirksamer Beitrag der jungen Menschen zur Gestaltung der politischen Maßnahmen, die Auswirkungen auf das Leben der jungen Menschen haben, sichergestellt ist;
- beim Aufbau dieses strukturierten Dialogs unter anderem mit lokalen und regionalen Behörden sowie mit Bildungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten;
- dafür zu sorgen, dass der strukturierte Dialog all jene zusammen bringt, die unmittelbar oder mittelbar mit Jugendfragen befasst sind, um einen kohärenteren und sektorübergreifenden Ansatz bei solchen Fragen zu entwickeln;
- einen umfassenden Ansatz für diesen Dialog mit jungen Menschen unter Einbeziehung jener ... (zu verfolgen), die nicht organisiert sind ... oder geringere Chancen haben und ... die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle jungen Menschen sich gleichermaßen einbringen können;
- Peer-Learning Aktivitäten im Bereich Jugendinformation und Einbeziehung der Jugendlichen zu fördern, ...“



Konzept

Dem Strukturierten Dialog liegt ein prozesshaftes Konzept zugrunde, wobei die Umsetzung in vier Schritten erfolgen soll:

- 1) Zunächst werden nationale Jugendseminare zu thematischen Schwerpunkten durchgeführt.
- 2) Die Ergebnisse der nationalen Seminare bilden die Grundlage der Jugendevents der Ratspräsidentschaft.
- 3) Die Ergebnisse des Jugendevents werden im Rahmen eines informellen Forums mit den Ratspräsidentschaften, der Kommission, dem EP und den Jugendorganisationen diskutiert.
- 4) Die Ergebnisse der Jugendevents werden im Rahmen der Europäischen Jugendwoche mit Jugendlichen und den Vertretern der EU-Institutionen diskutiert.

Die Ergebnisse dieser Debatten sollen Einfluss auf die Gestaltung künftiger europäischer Politiken haben.

Aktueller Stand, bisherige Erfahrungen und Konsequenzen

Während der deutschen Ratspräsidentschaft haben in der ersten Jahreshälfte 2007 zwei Jugendevents im Rahmen des Strukturierten Dialogs stattgefunden; der Jugendgipfel zum 50ten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom im März 2007 sowie der Jugendevent der Deutschen Ratspräsidentschaft zum Thema der Chancengleichheit und gesellschaftlichen Teilhabe von jungen Menschen in Köln im April 2007.

Folgende Erfahrungen wurden hierbei gesammelt:

1. Beide Veranstaltungen haben kaum Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. So fand der Jugendgipfel in Rom weitgehend isoliert von dem gleichzeitigen Gipfel in Berlin statt und auch der Kölner Jugendevent wurde in den Medien kaum als politisches Forum wahrgenommen.
2. Gemäß der Kritik der Jugendlichen war die Reichweite der Veranstaltungen zu begrenzt und die Ergebnisse haben in der großen Politik kaum Gehör gefunden.

In der Konsequenz forderten die beteiligten Jugendlichen:

- eine bessere direkte Einbindung in die Planungen der Jugendveranstaltungen bereits im Vorfeld
- Mitbestimmung der Tagesordnung
- verbindliche Aussagen über die Einbeziehung der Ergebnisse in die politischen Entscheidungsprozesse.

Folgende Konsequenzen hat die EU-Kommission bisher gezogen:

- Jugendorganisationen sollen stärker in den Strukturierten Dialog eingebunden werden und diesen von unten nach oben aufbauen
- Über die jeweiligen Nationalagenturen sollen die projektgebundenen Jugendlichen besser einbezogen werden.



Thesen zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Optimierungsvorschlägen

Dem Strukturierten Dialog liegt zwar ein prozesshaftes Konzept zugrunde, dennoch bedarf es zunächst und in erster Linie der deutlichen Klärung grundlegender Fragen bezüglich der Verbindlichkeit, der notwendigen Transparenz und der weiteren konkreten und tatsächlich jugendgerechten Umsetzung.

Voraussetzung hierfür ist letztendlich die Anerkennung der Jugendlichen und ihrer Beiträge für Gesellschaft und Politik. Dies bedeutet, dass sie von den politischen Akteuren als Experten/innen ihrer eigenen Situation auch tatsächlich ernst genommen werden.

Verbindlichkeit

- (1) Im Vordergrund steht die Formulierung konkreter Rechte der Jugendlichen, um die tatsächliche Reichweite der Jugendbeteiligung zu klären und diese einforderbar zu machen. Dies bedeutet auch eine Klärung der konkreten Zuständigkeit für die entsprechende Koordination und Umsetzung sowie eine wirksame Vernetzung aller beteiligten Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.
- (2) Jugendevents sind dabei längerfristig in politische Prozesse einzubinden. Hierzu gehört, dass den Jugendlichen weiterführend konkrete Antworten auf ihre hier formulierten Forderungen übermittelt werden. Hierfür sind entsprechende Verfahren einzurichten.

Transparenz

- (3) Über die Entscheidungsfindung und die Rolle der beteiligten Akteure muss für Alle Klarheit herrschen. Dies bedingt eine gezielte Informationsstrategie mit entsprechender Homepage und Internetpräsenz, welche Aufschluss über die Zuständigkeiten und Befugnisse geben, wo, wann, wie und von wem die relevanten Entscheidungen getroffen werden. Hierüber muss Klarheit herrschen.
- (4) Für die Optimierung der politischen Beteiligung junger Menschen sind die systematische Bereitstellung relevanter Informationen und die Vermittlung von Sachkenntnissen erforderlich, damit die Jugendlichen auch adäquat agieren können.

Umsetzung

- (5) Damit Jugendbeteiligung langfristig erfolgreich sein kann, sind nachhaltige und tatsächlich jugendgerechte Ansätze vonnöten. Entsprechende Projekte und Maßnahmen sind in bestehende Jugendstrukturen und in eine kontinuierliche Jugendarbeit zu integrieren. Hierfür sind die notwendigen Mittel für die Mittler und Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.
- (6) Jugendbeteiligung darf nicht nur auf wenige ausgewählte Jugendliche beschränkt bleiben. Es muss gelingen, Beteiligungsformen für alle Jugendlichen zu entwickeln, beziehungsweise erfolgreiche Projekte und Maßnahmen in die Breite zu bringen. Hierbei ist ein Bottom-up Ansatz zu verfolgen. In diesem Kontext ist auch eine bessere Verknüpfung von schulischer und außerschulischer Jugend- und Bildungsarbeit erforderlich.



Europa braucht Visionen, Konzept und Aktionen

Interview mit Prof. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D.

Frau Prof. Süßmuth, dank Ihrer Arbeit als Politikerin, Wissenschaftlerin und als engagierte Humanistin reisen Sie quer durch die Welt. Wie ist es um das derzeitige Engagement junger Menschen in Europa bestellt?

Süßmuth:

→ Ich stelle immer wieder fest, dass die Jugend keinesfalls apolitisch ist. Sie ist aber systemkritisch und in hohem Maße skeptisch gegenüber Parteien. Das zeigen auch die Ergebnisse der letzten Shell-Studie. Wenn sich Jugendliche heute engagieren, machen sie das lieber außerhalb von Politik. Deshalb haben auch alle Parteien Nachwuchsprobleme. Wichtig erscheint mir vor allem eins: Die jungen Menschen brauchen Visionen. Ich kann mich nicht - auch nicht im Kleinen - bürgerschaftlich engagieren, wenn ich keine Vorstellung davon habe, was ich gerne ändern möchte.

Welche Hilfestellung kann die Politik leisten?

Süßmuth:

→ Wir müssen die Jugendlichen immer wieder ermutigen, ihnen sagen: „Nimm Dir ein konkretes Projekt vor, das Dir Spaß macht, das Dich weiter bringt und besorge Dir Rückhalt. Du brauchst Menschen, die Dich begleiten. Allein hältst Du es nicht durch.“ Ob Verein oder Bürgerinitiative - das Mitgestalten ist wichtig. Es gibt zu viele Menschen, die verzweifeln, weil sie permanent erleben, was nicht möglich ist. Deshalb brauchen wir engagierte Menschen, die andere aus der Ohnmacht befreien. Natürlich werden wir nie alle Jugendlichen gleichermaßen erreichen, sondern immer eher einzelne Gruppen. Aber unsere Zukunft hängt genau davon ab, wie stark sich diese Gruppen künftig engagieren.

Jugendkulturen verändern sich, die Bedürfnisse vieler Jugendlicher bleiben dennoch gleich. Sie wollen ernst genommen werden, ihre Individualität ausleben und das Gefühl haben, ausreichend auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Wie sprechen wir die Jugend heute am besten an?

Süßmuth:

→ Die Jugend ist heute für die Politische Bildung nicht mehr so zu begeistern wie in den 50er und 60er Jahren. In diesem Punkt ist die Jugend pragmatisch geworden. Sie will Konzept und Aktion miteinander verbunden wissen. Deshalb haben wir heute mit Projekt gebundener Arbeit deutlich mehr Erfolg als mit klassischen Seminaren. Auch bildungsferne Schichten sind so leichter für Politische Bildung zu gewinnen. Wichtig erscheint es mir, Projekte daraufhin zu überprüfen, ob sie über eine einzelne Region hinaus Wirkung zeigen. Haben wir gute Ideen und Konzepte gefunden, brauchen wir das Rad nicht jedes Mal neu zu erfinden. Insofern fehlt es vielmehr an einer Anerkennungskultur - zu sehen, was schon Positives geleistet wurde.

Sie machen keinen Hehl daraus, dass Sie eine große Anhängerin der so genannten „Peer-Group-Education“ sind. Spricht da die studierte Pädagogin aus Ihnen heraus?

Süßmuth:

→ Wir sollten in der Tat stärker auf die Fähigkeiten von peer-groups setzen. Denn der Lernerfolg innerhalb gleichaltriger Gruppen ist immens. Jugendliche kümmern sich selbst umeinander und finden auch andere Konfliktlösungsstrategien als Erwachsene - wenn wir sie nur lassen.



Eine stärkere Förderung der Partizipation junger Menschen in Europa hat sich auch die Europäische Kommission zum Ziel gesetzt. Seit Ende 2006 wird der Strukturierte Dialog mit der Jugend als bedeutendes Instrument in Sachen Beteiligung gepriesen. An der konkreten Umsetzung hapert es aber noch. Was muss geschehen?

Süssmuth:

→ Der Strukturierte Dialog ist mir als Begriff noch zu abstrakt. Wir müssen uns fragen, wie wir diesen angedachten Austausch mit Leben füllen können. Dazu brauchen wir Transmissionsriemen auf nationaler Ebene, also Organisationen, die sich für diese Thematik zuständig fühlen, die Verantwortung haben und auch künftig Verantwortung übernehmen wollen. Transparenz ist ebenfalls wichtig. Damit meine ich mehr als bloße Verständlichkeit. Es geht darum, wie viel Ehrlichkeit vermittelt wird. Jugendliche müssen faule und tragfähige Kompromisse erkennen können. Dazu muss aber die Politik klar sagen, welche Probleme gelöst und welche noch nicht gelöst sind und wofür wir noch gar keine Lösung haben. Nur solch eine Haltung ermuntert die Zivilgesellschaft auch zum Mitdenken.

Also ist der Strukturierte Dialog noch nicht am Ende?

Süssmuth:

→ Ich denke nicht. Der Dialog ist für die Jugendlichen aber nur dann relevant, wenn er sowohl erkenntnis- als auch erlebnisbezogen geführt wird. Ansonsten schaffen wir zwar ein Angebot für den Kopf, das neu erlernte Wissen wird aber nicht gefühlt – und bleibt damit auch ein gutes Stück substanzlos.

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der Europäischen Union. Können Schulen Jugendliche auf solch einen Leitspruch adäquat vorbereiten?

Süssmuth:

→ Die jüngste Schulbuchuntersuchung zeigt, dass Schülerinnen und Schüler noch immer eine Menge über europäische Kriege lernen. Ich finde es jedoch erschreckend, wie wenig über Europa im eigentlichen Sinne vermittelt wird. Dabei brauchen wir ein solides Grundwissen, vor allem interkulturelle Kenntnisse sind wichtig. Das gelingt nur, wenn wir uns die eigene Vielfalt anschauen und produktiv mit dem eigenen Reichtum umgehen.

In einem Europa der 27 Mitgliedsstaaten sorgt der Brüsseler Verwaltungsapparat immer wieder für Frustration. Jugendliche beklagen, sie wüssten gar nicht, wer auf Europäischer Ebene welche Entscheidungskompetenzen hat. Zudem werden kreative Ideen oftmals durch langwierige, bürokratische Abläufe ausgebremst. Ist Besserung in Sicht?

Süssmuth:

→ Die Jugendlichen haben Recht, denn dieses Europa wird immer bürokratischer. In meinen beiden letzten Jahren in Brüssel hätte ich fast zur Anti-Europäerin werden können. Das Ausmaß an Anonymität, Bürokratie und Intransparenz ist ungeheuerlich. Ideen können sich kaum noch entfalten, weil sie durch unzählige Kontrollen laufen müssen. Für Jugendliche sind dies keine guten Voraussetzungen, aktiv zu werden.

Auftrieb hat meine Europa-Begeisterung aber stets dann bekommen, wenn ich mit der „Global Commission on International Migration“ der UN in anderen Teilen der Welt unterwegs war. Dann habe ich immer gesehen, was ich in Europa keinen Tag missen möchte. Um unsere Konfliktlösungsstrategien beispielsweise beneiden uns viele andere Länder.

Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr für Europa begeistern?

Süssmuth:

→In jedem Fall können wir den Bürger, den citizen oder citoyen nicht mehr allein über die ökonomische Dimension erreichen. Als ich Mitte der 80er Jahre in die Politik gegangen bin, haben alle nur vom gemeinsamen Binnenmarkt gesprochen. Jacques Delors war damals der rettende Anker für mich. Denn der frühere EU-Kommissionspräsident hatte Europa wieder eine Seele gegeben. Und auch heute sollten wir uns fragen, was wir gemeinsam tun können. Abgesehen vom Klimaschutz kann das Ziel nur lauten: Bessere Lebensverhältnisse für alle Menschen. Die Sozialpolitik darf auf Dauer nicht mehr aus Europa herausgehalten werden.

Das Gespräch führte Marco Heuer, freier Journalist (DW/WDR), Mitglied des Juniorteam Europa der Forschungsgruppe Jugend und Europa und Teilnehmer am „Runden Tisch zum Strukturierten Dialog mit der Jugend“ in München.

Prof. Dr. Rita Süssmuth
Bundestagspräsidentin a.D.
Email: rita.suessmuth@bundestag.de





PANEL 1: JUGENDPARTIZIPATION IN EUROPA: DIE EU-JUGENDPOLITIK UND IHR BEITRAG FÜR EINE AKTIVE EU-BÜRGERGESELLSCHAFT

Jutta Koenig-Georgiades
EU Kommission, GD Bildung, Jugend und Kultur

Der Strukturierte Dialog – ein neues Instrument der EU-Kommunikationsstrategie

Die Verantwortung für den Strukturierten Dialog liegt auf allen Ebenen – so auch bei der Europäischen Kommission, die das Instrument geschaffen hat. Wir müssen aber ehrlich sein: in der EU Kommission arbeiten derzeit vierzehn Mitarbeiter im Referat für Europäische Jugendpolitik. Da können wir nicht mit jeder Bürgerin und jedem Bürger in Europa sprechen. Das wäre eine falsche Erwartung. Deshalb drängen wir beim Strukturierten Dialog verstärkt auf eine Umsetzung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Ich persönlich wäre für eine Änderung des Namens, denn Dialog steht linguistisch gesehen für Interaktion. Lange haben wir von dem so genannten „bottom-up-approach“ gesprochen – Jugendliche tragen ihre Forderungen an die Entscheidungsträger heran und sollen dann eine Antwort bekommen. Einen solchen Ansatz halte ich für problematisch. Lieber wäre mir eine öffentliche Debatte, ein offener Dialog. Die Europäische Kommission kann dabei eine wichtige Rolle spielen, wobei sie helfen könnte, die grundlegenden Themen festzulegen.

Wichtig ist in jedem Fall, dass der Strukturierte Dialog nicht von einigen Gruppen ausschließlich für sich beansprucht werden darf. Auch ist der Strukturierte Dialog mit der Jugend kein Allheilmittel für die Gestaltung der Europäischen Jugendpolitik. Er ist vielmehr eingebettet in den seit 2005 von der Europäischen Kommission verfolgten „Plan D“, einer Kommunikationsstrategie für mehr Demokratie, Dialog und Debatte – als ein Instrument, um die Partnerschaft zwischen Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.



Barbara Wurster
Leiterin des Referats 505 – Jugend und Europa
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Voraussetzungen für das Funktionieren des Strukturierten Dialoges in Deutschland

Die Bundesregierung hat im Ministerrat der Europäischen Union für die Einführung des Strukturierten Dialoges im Jugendbereich gestimmt. Durch bessere Beteiligungsmöglichkeiten sollen Identifikation und Engagement junger Menschen für Europa gestärkt werden. Nachfolgend wird dargelegt, was aus Sicht des Bundes nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen.

1. Der Strukturierten Dialog hat die Absicht, Jugendliche durch Beteiligung für Europa zu mobilisieren.

Angesichts der nach wie vor bestehenden Distanz zwischen jungen Menschen und dem politischen Europa war der Jugendministerrat der Union in 2006 zu der Auffassung gelangt, dass es neuer Wege bedarf, Jugendliche an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Angelegenheiten der „Europäischen Jugendpolitik“ stärker teilhaben zu lassen. Einen Vorschlag des Europäischen Jugendforums aufgreifend empfahl der Jugendministerrat der EU den Mitgliedstaaten einen kontinuierlichen Dialog zwischen Jugendlichen und der Politik zu etablieren.

Dieser partnerschaftlich geprägte Dialog soll auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene stattfinden. Er soll zum einen gewährleisten, dass die Anliegen Jugendlicher in direkterer Weise als bisher die jugendpolitische Agenda in Europa bestimmen. Zum anderen soll er eine lebendigere Auseinandersetzung Jugendlicher mit den jeweiligen Themen „europäischer Jugendpolitik“ ermöglichen. Diese Vision beinhaltet ferner den Wunsch, auch vermehrt solche Jugendlichen in diesen Dialog einzubeziehen, die von gesellschaftlichem Ausschluss bedroht oder bereits betroffen sind.

Unter deutscher Präsidentschaft begann dieser Prozess: Im April 2007 kamen mit dem ersten EU Präsidentschafts-Jugendevent in Köln, das unter dem Motto „Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle Kinder und Jugendlichen“ lief, 170 junge Menschen aus 33 europäischen Staaten zusammen – darunter waren erstmalig auch zahlreiche so genannte „benachteiligte junge Menschen“ integriert. Hier gab es auch die Möglichkeit, sich mit dem Thema Europa künstlerisch zu befassen, es wurden ein Koffer und ein Wandbehang zum Thema „Europa“ erstellt;

Erstmalig wurde dieses Event auch mit zwei vorbereitenden Events auf regionaler Ebene verknüpft: In Sachsen-Anhalt wurden unter dem Thema „Chancengleichheit und europäische Bildung im Fokus lokaler und regionaler Jugendbeteiligung“ junge Leute mit den Themen europäischer Jugend- und Bildungspolitik vertraut gemacht und der Bezug zu europäischer Jugendpolitik zu den lokalen und regionalen Belangen der Jugendlichen hergestellt.

In Nordrhein-Westfalen wurde die Kampagne „Jugend bewegt Politik“ durchgeführt, bei der eine dezentrale Aktionswoche der Kinder und Jugendarbeit zum Thema Partizipation im Mittelpunkt stand. Hier wurden auch jugendliche Teilnehmende ausgewählt, die am Kölner Event ihre Ergebnisse einbringen konnten.

Eine Jugendbörse mit Projekten rund um die Integration von benachteiligten Jugendlichen wurde ebenfalls erstmalig in den Jugendevent integriert – ein Beispiel, das Schule machte, und inzwischen in neuen Formen weiterentwickelt und neu erprobt wurde, beispielsweise in Portugal und auch auf der Deutschen Präsidentschaftsfachveranstaltung in Leipzig vom Juni 2007 mit dem ersten offiziellen „informellen Forum von Jugendlichen aus 11 Staaten und 5 Ministerinnen und Ministern am 25. Mai 2007.

2. Mit dem Machbaren kann mehr Wirkung erzielt werden als mit dem Wünschenswerten.

Wir haben somit begonnen, den strukturierten Dialog umzusetzen, aber der Prozess läuft weiter. Beide erwähnten regionalen Vorkonferenzen wurden von den teilnehmenden Jugendlichen positiv bewertet und sie zeigen Folgewirkungen! Beispielsweise läuft zu meiner großen Freude in Sachsen Anhalt im April 2008 – auch mit Unterstützung des Bundesministeriums - ein modellhaftes Folgeprojekt an mit dem Arbeitstitel „Europa geht weiter – Dialog der Jugend!“ Die Regionalkonferenz vom 25.-26. September 2008 zum strukturierten Dialog wird diesen wunderbaren Prozess abrunden – man darf gespannt sein.

Es ist uns zunehmend gut gelungen, nicht nur im Rahmen des Jugendevents – sondern auch im Rahmen diverser Modellprojekte des Bundes („Projekt P – get in contract“) junge Leute mit politischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu bringen. Wir haben aber auch gelernt, dass es hilfreich ist, wenn Jugendliche statt eines sehr differenzierten Aktionsplans mit möglichst konkreten Fragestellungen konfrontiert werden. Innerhalb des in der Regel stets engen zeitlichen Rahmens ist die Abfassung einer konkreten Erklärung oder eines spezifischen Forderungskataloges eher möglich. Die Konzentration auf wenige, klar benannte Forderungen verbessert zugleich die Chancen der Jugenderklärungen oder ihrer Aktionspläne von Politik und Presse wahrgenommen zu werden.

Künftig wird es verstärkt darauf ankommen, den strukturierten Dialog mit der lokalen Ebene zu verknüpfen und dabei auch Jugendliche mit verringerten Chancen einzubeziehen. Dazu bedarf es auch des Willens der Jugendlichen, selbst integrierend zu wirken, um auch „Neulinge ohne EU-Expertenwissen“ aufzunehmen. Organisatoren müssen hierfür einen hinreichenden Zeitrahmen während der Veranstaltung, aber auch für vorbereitende Informationsveranstaltungen oder Unterlagen einplanen.

3. Der Strukturierte Dialog erfordert gemeinsame Anstrengungen.

Um den Strukturierten Dialog auf die Füße zu stellen, bedarf es der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure. Den Bund sehe ich vor allem in der Rolle des Impulsgebers. Daher plant das BMFSFJ in Kürze in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen und mit Hilfe unseres Expertengremiums, der „Task-Force Europäische Jugendpolitik“, zu klären, wie die nationale Umsetzung des strukturierten Dialoges konkretisiert und aufeinander abgestimmt werden kann. Dabei sollte es aus meiner Sicht unter anderem darum gehen, wie Konferenzen zum Strukturierten Dialog so organisiert werden können, damit sie gut ineinander greifen und über die Kanäle der Jugend- und Fachkräfteinformation kommuniziert werden können. Es wird ferner zu klären sein, welche regionalen und lokalen Aktivitäten von wem angeboten werden können und welche Akteure die Kompetenz besitzen, bereits ausgegrenzte oder von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche am „strukturierten Dialog“ zu beteiligen.

Der Bund selbst hat keine Zuständigkeit, um Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene durchzuführen. Er wird aber die Kooperation mit der Deutschen Agentur für die Umsetzung des europäischen Jugendprogramms, der Forschergruppe Jugend und Europa des Centrums für angewandte Politikforschung, dem Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit und rund 30 weiteren Trägern fortsetzen. Insgesamt engagiert sich der Bund neben allgemeinen Modellprojekten zur nationalen Partizipationsförderung, neben der KJP- Förderung politischer Bildung und der allgemeinen Jugendverbandsförderung hier speziell mit ca. 1,5 Mio. EUR aus dem Sonderprogramm für multinationale Jugendmaßnahmen des Kinder und Jugendplanes.



Wir tragen damit gemeinsam mit den von der EU-Kommission zur Verfügung gestellten Mitteln zur Förderung von ca. 2.000 Maßnahmen pro Jahr in Deutschland bei.

Für die Zukunft wird es darauf ankommen, bei den Trägern das Verständnis dafür zu schärfen, dass europäische Jugendpolitik ein integraler Bestandteil der eigenen Arbeit ist und keine separat zu finanzierende Sonderaufgabe.

Darüber hinaus sind wir für Vorschläge und Anregungen zur gemeinsamen Umsetzung des Strukturierten Dialogs mit einer Bundesbeteiligung vor Ort und in den Ländern dankbar und werden entsprechende Modellprojekte gerne prüfen.

4. Realistische Erwartungen beugen Frustrationen vor

Es geht in den nächsten Monaten darum, Wege zu finden, die Chancen des Strukturierten Dialogs auszu-schöpfen, die in einer möglichst breiten politischen Mobilisierung junger Menschen für Europa bestehen und gleichzeitig darum, unrealistische Erwartungen an dieses Instrument zu vermeiden. Junge Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft sollen mit Hilfe des Strukturierten Dialogs künftig verstärkt Gelegenheit bekommen, sich eine Meinung zu europäischen Themen zu bilden.

Einige dieser Jugendlichen werden darüber hinaus ihre Standpunkte in den politischen Willensbildungsprozess auf europäischer Ebene einbringen können. Sie dürfen auch ein zeitnahes Feedback der politischen Entscheidungsträger erwarten. Offen bleibt, wie breit, flächendeckend und repräsentativ wir hierbei Jugendliche einbinden können. Die Strukturen im EU-Bereich unterscheiden sich erheblich beispielsweise von denen des Europarats. Ko-Dezisionsverfahren wie dort sehe ich im EU Bereich derzeit für nicht realistisch an. Wir müssen hier meines Erachtens über EU-spezifische neue, andere Partizipationsstrukturen und -formen nachdenken.

Der Strukturierte Dialog darf auch nicht bei Jugendlichen die Erwartung wecken, dass deren Deklarationen und Aktionspläne substantiell und stets direkt und unmittelbar die Jugendpolitik der Bundesregierung beeinflussen. Damit würde er eher zu Frustrationen führen als zur Engagementförderung. Hier gilt es einerseits, frühzeitig klar und ehrlich miteinander im Dialog zu stehen und auch Grenzen des Möglichen aufzuzeigen – letztlich geht es auch hier um den Aufbau von Vertrauen und einer guten beständigen Kommunikation über Interessenslagen und Machbarkeiten.

Ohne Vertrauen halte ich ein gemeinsames Voranschreiten und den Erfolg des Strukturierten Dialogs für nicht erreichbar. Nach wie vor gilt, dass politische Einflussnahme am Besten über ein Engagement in politischen Parteien erreicht wird. Dennoch nehmen wir im Bundesjugendministerium Jugendliche und deren Ansichten äußerst ernst und wir sind für neue, inspirierende Ideen grundsätzlich immer aufgeschlossen.



Panel 2: Strukturierter Dialog: Erfahrungen und Anforderungen

Claudius Siebel & Hans-Georg Wicke
JUGEND für Europa
Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION, Bonn

Elemente einer langfristig erfolgreichen Umsetzung des Strukturierten Dialogs

Junge Menschen müssen auf allen Ebenen und in allen Phasen an der Gestaltung und Umsetzung europäischer Jugendpolitik aktiv beteiligt werden. Diesem Ziel haben sich EU-Kommission und die Jugendminister der EU seit Jahren in sämtlichen Entschlüssen und Mitteilungen verpflichtet. Nur so kann es gelingen, Europa für junge Menschen erlebbar zu machen, die Idee und Ziele eines vereinten Europas zu vermitteln und die europäische Jugendpolitik von der Ebene der öffentlichen Verwaltungen in die Jugendarbeit zu tragen.

Um diesem Ziel eine Form zu geben hat die EU-Kommission den sogenannten „Strukturierten Dialog“ als eine Strategie zur Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung von europäischer Politik und Gesellschaft ins Leben gerufen, dem die Jugendminister zugestimmt haben.

Inzwischen wurden einige Erfahrungen auf nationaler und europäischer Ebene gesammelt. Aber bereits jetzt werden Defizite klar: Die Fokussierung auf die Jugendevents ist zu eng und deswegen nur bedingt auf Dauer tragfähig. Die Zielsetzungen und Themen des Strukturierten Dialogs sind zu vage und wechseln zu häufig. Der zeitliche Rahmen ist zu viel eng gesteckt und die Prozesse ungeklärt und unscharf. Ungelöst bleibt bisher die Frage, wie auch benachteiligte Jugendliche an europäischen Politikprozessen beteiligt werden können. Es gibt keine Ideen und Maßnahmen für die Umsetzung des Dialogs auf nationaler Ebene. Modellprojekte und Experimente werden schnell als unzureichend kritisiert und abgetan.

Niemand sollte den Fehler begehen, aus den durchaus vorhandenen konzeptionellen und praktischen Problemen des Strukturierten Dialogs in dessen Anfangsphase grundsätzliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft - auch europäischer - abzuleiten. Im Gegenteil, wir sind mehr denn je der Überzeugung, dass die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft und die Entwicklung europäischer zivilgesellschaftlicher Kompetenzen bei jungen Menschen durch konkrete Beteiligung an „Europa“ eine der Zukunftsaufgaben dieser Gesellschaft ist.

Das Nationale Expertentreffen zum Strukturierten Dialog von JUGEND für Europa in 2007 und der inhaltliche daran anschließende Runde Tisch des CAP Strukturierter Dialog mit der Jugend – quo vadis? haben zahlreiche konstruktive Erkenntnisse wie der Strukturierte Dialog in Deutschland konkret aussehen kann. Vor dem Hintergrund dieser bisherigen Debatten sehen wir folgende Elemente für eine langfristig erfolgreiche Umsetzung des Strukturierten Dialogs:

1. Dauerhafter breiter Dialog und zielgerichtete Konsultation

Bei der Entwicklung und Diskussion von Modellen für einen Strukturierten Dialog in Deutschland sollten zwei Elemente miteinander in Verbindung gebracht werden:

- a. Zur Beteiligung junger Menschen an europäischer Jugendpolitik bedarf es eines dauerhaften Dialoges und öffentlichen Debatte von möglichst Vielen über „Jugend und Europa“. Dieser Dialog muss sowohl unter Jugendlichen selbst stattfinden, als auch zwischen Jugendlichen und politischen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern. Dieser Dialog sollte themenoffen sein und wird thematisch vom Bedarf junger Menschen getragen. Er ist zeitlich uneingeschränkt und dauerhaft. Er geht weit über Konsultation hinaus und orientiert sich auch auf die Beteiligung junger Menschen an der konkreten Umsetzung von jugendpolitischen Maßnahmen auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Er ist breit angelegt und bezieht möglichst Viele ein, innerhalb und außerhalb von Verbänden und Organisationen, in Jugendarbeit,



Jugendhilfe und Schule. Oberstes Ziel dieser Maßnahmen muss es sein, möglichst viele Jugendliche einzubeziehen. Dies erfordert es, besondere Bedingungen für die jungen Menschen zu schaffen, die geringere Chancen haben sich gleichermaßen einzubringen.

- b. Diese breite öffentliche Debatte kann und muss sich zuspitzen, wenn junge Menschen konsultiert werden sollen, um ihre Meinung zu konkreten europäischen jugendpolitischen Fragen einzuholen. Zuspitzen bedeutet hier zum Einen eine Fokussierung auf einige wenige konkrete, jugendgerechte Fragestellungen, auf einen klaren zeitlichen Rahmen und Prozess für die Konsultation sowie auf eine Auswahl der Beteiligten möglichst nach dem Bottom Up Prinzip. Die bisherigen Modelle im Rahmen des Strukturierten Dialogs, vor allem das Konzept des Youth Events mit seinen vor- und nachgelagerten Aktivitäten, bewegen sich vor allem in diesem Bereich. Eine Konsultation im Bottom-Up-Verfahren wäre ohne eine dauerhafte, breite öffentliche Debatte nur eingeschränkt innerhalb der Jugendverbände möglich.

2. Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit

Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit sind Schlüsselbegriffe für einen erfolgreichen Strukturierten Dialog. Das Ziel des Strukturierten Dialogs muss klar und deutlich beschrieben werden, es muss für alle Beteiligten (und insbesondere die Jugendlichen) klar und verständlich sein, was mit dem Strukturierten Dialog genau bezweckt wird. Eine Ernsthaftigkeit des Strukturierten Dialogs muss hergestellt werden, so z.B. die Sicherstellung und der Transfer von Ergebnissen, die Gewährleistung von verbindlichen Feedbacks oder die Teilnahme von Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung an Veranstaltungen.

3. Verankerung auf der lokalen Ebene

Um wirklich wirksam zu werden, müssen Maßnahmen des Strukturierten Dialogs auf lange Sicht auch die lokale Ebene erreichen. Je mehr sich Europa auf dieser Ebene verankert, je mehr Prozesse von hier gestartet werden können, umso konkreter und erfahrbarer, umso näher und gestaltbarer wird Europa. Gleichzeitig besteht dann auch die Chance, die horizontale Ebene zu stärken und auf kommunaler Ebene sektorübergreifend Akteure verbindlich in den Dialog mit einzubinden. Die Verankerung auf der lokalen Ebene ist allerdings in den bisherigen Aktivitäten nur völlig unzureichend gelungen. Nach wie vor gilt die Regel, dass je weiter Europa entfernt ist desto größer auch die Distanz und Ablehnung.

4. Verbindung zwischen lokaler und europäischer Ebene

Im Vergleich zu den sonstigen Formen der Partizipation besteht die besondere Herausforderung des Strukturierten Dialogs darin, eine Verbindung von der lokalen, regionalen und nationalen Ebene zur europäischen Ebene herzustellen. Diese Verbindung muss in beide Richtungen (europäisch – lokal, lokal – europäisch) funktionieren. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Distanz zwischen den Ebenen so groß ist, dass eine solche Verbindung nur dann erfolgreich hergestellt werden kann, wenn es „Verstärker“ auf nationaler und regionaler Ebene gibt, die diesen Prozess von der einen auf die andere Ebene tragen. Eine nationale Verbindungsstelle muss vor allem mit zielgerichteten Maßnahmen den Strukturierten Dialog von Europa auf die nationale und regionale Ebene tragen (und umgekehrt), durch Transparenz, Kommunikation, Unterstützung und Förderung die Beteiligung im Rahmen des Strukturierten Dialogs ermöglichen, sowie die bundesweite Verbindung und Vernetzung zwischen den Aktivitäten herstellen. Verbindungsstellen auf regionaler Ebene hätten vor allem die Funktion, regionalspezifische Aktivitäten und zielgruppenbezogene Maßnahmen zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs auf lokaler und regionaler Ebene anzuregen, zu unterstützen, durchzuführen und nachhaltig zu implementieren, sowie die Verbindung zu Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit herzustellen.



5. Verschiedenartigkeit der Maßnahmen

Die Umstände und Rahmenbedingungen sind auf lokaler und regionaler Ebene viel zu unterschiedlich, die Zielgruppen und Akteure zu heterogen und die Bedürfnisse und Fragestellungen zu vielschichtig als dass es möglich wäre, ein Modell, eine Form des Strukturierten Dialogs mit einem Format für Maßnahmen und Aktivitäten zu entwickeln. Erkennt man die Verschiedenartigkeit der Umstände einmal an, hat dies zwangsläufig zur Konsequenz, dass der Prozess des Strukturierten Dialogs mehrgleisig verlaufen muss, d.h. auf mehreren Ebenen, mit unterschiedlichen Themen, mit verschiedenen Zielgruppen und in verschiedenen Formen – jeweils angepasst an die Bedingungen und Möglichkeiten auf lokaler und regionaler Ebene. Dies hat auch zur Konsequenz, dass es noch viel darum geht zu experimentieren, auszuprobieren und Erfahrung zu sammeln – auch in diesem Sinne Partizipation zu lernen. Insofern geht es darum, diese Verschiedenartigkeit zum jetzigen Zeitpunkt auch bewusst zu fördern.

6. Mindestanforderungen als gemeinsamer Nenner

Gleichzeitig ist es natürlich auch notwendig, den Strukturierten Dialog aus der inhaltlichen Beliebigkeit von Veranstaltungen, Seminaren, Konferenzen und Meetings herauszuholen und ihm „Struktur“ – heißt Zielrichtung und Identität zu geben. Gilt die oben dargestellte Erkenntnis, kann es sich nur um Mindeststandards handeln. Sprich: Maßnahmen und Aktivitäten, die sich als Teil des Strukturierten Dialoges verstehen, sollten hinsichtlich Form, Inhalt und Verfahren gewisse Mindestanforderungen erfüllen, so z.B. die Beteiligung Jugendlicher bei der Organisation von Veranstaltungen, langfristige und breit angelegte Vorbereitungsmaßnahmen, Beteiligung von politischen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern u.a.m. Dies gilt umso mehr, wenn es darum geht, mit Hilfe von besonderer (politischer, öffentlichkeitswirksamer oder finanzieller) Förderung oder praktischer Unterstützung den Strukturierten Dialog mit konkreten Aktivitäten auszufüllen und zu beleben.

7. Zentrale Webseite

Zurzeit mangelt die Umsetzung des Strukturierten Dialogs u.a. daran, dass es keine gezielte Informationsstrategie gibt, die systematisch Informationen und Materialien für die Zielgruppe junge Menschen bereitstellt. Es benötigt eine zentrale Webseite, auf der Informationen über den Strukturierten Dialog, seine europäische Dimension und Hintergründe, dessen Inhalte, Prozesse, Beteiligungsmöglichkeiten, Aktivitäten und Ergebnisse dargestellt werden – natürlich in jugendgerechter, verständlicher, attraktiver und verbindlicher Form. Eine solche Webseite wäre auch ein Ort der Kommunikation der Beteiligten untereinander. Hier würde es gelingen, eine sichtbare Verbindung der vielen unterschiedlichen Aktivitäten herzustellen und den gemeinsamen Rahmen zu verdeutlichen.

8. Ausreichende Finanzierung aus verschiedenen Quellen

Es braucht eine gesicherte finanzielle Basis/Unterstützung, um Nachhaltigkeit abzusichern. Das EU-Programm JUGEND IN AKTION stellt in der Aktion 5.1 seit 2007 erstmals Projektmittel für die Umsetzung des Strukturierten Dialogs zur Verfügung und ist damit das zentrale Finanzierungsinstrument. Diese Mittel – das zeigen die Erfahrungen bereits jetzt - reichen aber perspektivisch nicht aus. Neben der Bundesebene sind auch die Bundesländer gefordert, langfristig die Beteiligung junger Menschen an Europa zu fördern. Aktuelle Beispiele zeigen, dass dies von einigen Bundesländern sehr ernst genommen wird und gezielt Maßnahmen und Projekte im Rahmen des Strukturierten Dialogs gefördert werden.



9. Aktive Rolle von JUGEND für Europa

JUGEND für Europa versteht seinen Auftrag als Nationalagentur im Sinne einer nationalen Verbindungsstelle und sieht sich weiterhin in der Pflicht, konkrete Beiträge für die Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland zu leisten. Neben der Verbindung zur europäischen Ebene (EU-Kommission, Rat, andere Mitgliedstaaten) wird JUGEND für Europa vor allem aktuelle und aufgearbeitete Informationen im Internet veröffentlichen, Transparenz über laufende Prozesse herstellen, ein jährliches bundesweites Vernetzungstreffen durchführen und Seminare zur Fortbildung und Qualifizierung der Akteure anbieten. Dazu gehört aber auch die inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs vor allem zusammen mit BMFSFJ und DBJR. Darüber hinaus wird JUGEND für Europa im Rahmen der Aktion 5.1 finanzielle Mittel bereit stellen.

10. Nutzung der Möglichkeiten von JUGEND IN AKTION

JUGEND für Europa hat in 2007 in der Aktion 5.1 von JUGEND IN AKTION neun Anträge erhalten, von denen sechs gefördert wurden. Damit wurden die Fördermittel in 2007 ausgeschöpft. Für 2008 zeichnet sich ein zunehmendes Interesse ab, Maßnahmen im Rahmen des Strukturierten Dialogs zu veranstalten. Offensichtlich entfaltet allein die Existenz des Förderinstrumentes Aktion 5.1 und dessen flexiblerer Zugang seit diesem Jahr eine gewisse Dynamik. Aber auch die zahlreichen Debatten und Veranstaltungen zum Thema haben Organisationen und Träger dazu bewogen, Veranstaltungen und Maßnahmen in ihrem Bundesland, ihrer Region oder ihrer Stadt zu planen oder bereits zu veranstalten. Wahrscheinlich ist, dass die Fördermittel angesichts der zu erwartenden Anträge nicht reichen werden.

Deswegen denkt JUGEND für Europa seit einiger Zeit über ein Modell einer gezielteren Förderstrategie in der Aktion 5.1 nach. Bei einer Übertragung der oben dargestellten Eckpunkte für einen erfolgreichen Strukturierten Dialog in eine konkrete Fördersystematik der Aktion 5.1 von JUGEND IN AKTION in Deutschland, würden sich folgende Elemente einer Förderung abzeichnen:

- JUGEND für Europa fördert im Rahmen der Aktion 5.1 Träger, die in ihrem jeweiligen Bundesland oder Region als Verbindungsstelle für die Umsetzung eines (regionalen) Strukturierten Dialogs fungieren können. Diese Träger sollen großangelegte „Leuchtturm“- bzw. Modellprojekte durchführen. Diese Projekte können verschiedenartigen Charakter besitzen, sollen aber vor allem regionale Aktivitäten (regionale Jugendkonferenzen, landesweite Kampagnen, überregionale Konsultationen auch im Bereich e-Partizipation) mit lokalen Aktivitäten (z.B. lokale Informations- und Konsultationsevents, kommunale Runde Tische zu Jugend und Europa etc.) verbinden.
- Als Mindestkriterien/-anforderungen sollten die Projekte in der Aktion 5.1
- Aktivitäten auf Bundeslandebene vorsehen (bei großen Flächenstaaten sind auch kleinere Regionen wie etwa Regierungsbezirke o.ä. denkbar),
- im Land / in der Region Kontakt zu den offiziellen Stellen haben, die für Jugendfragen zuständig sind (Landesministerien, Landesjugendämter etc.), möglichst sogar mit diesen kooperieren oder von diesen auch finanziell unterstützt werden,
- auch damit verbundene Aktivitäten in mehreren Kommunen vorsehen, die von Partnern auch auf lokaler Ebene unterstützt oder gar durchgeführt werden,
- insbesondere in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden durchgeführt werden, sowie eine breite Palette weiterer Partner in anderen Sektoren suchen und einbeziehen (so z.B. Schulen),

- die Beteiligung von möglichst vielen Jugendlichen an den Aktivitäten sicherstellen und Jugendliche bei der Vorbereitung und Durchführung aktiv einbeziehen,
- die Verbindung zu Medien und Verantwortungs- und Entscheidungsträgern in der Region herstellen,
- nicht nur auf eine einmalige Veranstaltung/Konferenz ausgerichtet sein, sondern eine Vielfalt von Maßnahmen vorsehen, die gerade die Kontinuität und Nachhaltigkeit des Dialogs fördern können,
- in Vor- und Nachbereitungsmaßnahmen die Beteiligten informieren und qualifizieren und Transparenz über die laufenden Aktivitäten herstellen.





Werner Theisen
Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt,
Magdeburg

Vorschläge für den Strukturierten Dialog aus regionaler Erfahrung

Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat mit dem Strukturierten Dialog bereits intensive Erfahrungen gemacht. So fanden bislang eine Regionalkonferenz im April 2007 mit drei Vorbereitungskonferenzen vor Ort und sechs weitere bei den europäischen Partnern innerhalb des YER-Netzwerks (Youth in European Regions) statt. Ähnlich umfangreich sind die Vorhaben für das laufende Jahr 2008. Hierzu zählen ein Seminar zur Ausbildung von „SD- Moderatorinnen und Moderatoren“, Vorbereitungsworkshops zum Strukturierten Dialog in etwa 20 Schulen, das Jugendevent „Europa geht weiter“ im Mai 2008 auf einem Schiff auf der Elbe von Wittenberg über Dessau-Roßlau, Schönebeck, Magdeburg und Tangermünde mit jeweils 150 Jugendlichen pro Ort, eine weitere Regionalkonferenz im Juli 2008 in Magdeburg und der Start des YER-Netzwerk Projekts mit dem Schwerpunkt „Interregionale Zusammenarbeit für den Strukturierten Dialog“, einer internationalen Konferenz in Peseckendorf mit fünfzig Teilnehmenden aus 12 bis 15 europäischen Regionen im Oktober 2008.

Aus den bisher zahlreichen Praxiserfahrungen lassen sich folgende grundsätzlichere Überlegungen zur Optimierung des Strukturierten Dialogs ableiten:

1. Die gestaltenden Institutionen und Organisationen, also die Hauptakteure des Strukturierten Dialogs müssen diesen glaubhaft vorleben. Dies gilt vor allem für die Planung von Projekten und Events. Hierbei ist es wichtig, für eine Bereitschaft zur Beteiligung am Strukturierten Dialog bei Politik, Verwaltung und Jugendarbeit zu werben. Dazu ist es nötig, mehr Informationen und Fachwissen über den Strukturierten Dialog zu verbreiten.
2. Der Strukturierte Dialog muss vertikal und horizontal geführt werden, was bedeutet, dass einerseits ein breiter, einbeziehender Prozess, aber auch die Durchlässigkeit der Ebenen gewährleistet sein muss. Hier gilt es insbesondere, die Länderebene mit ihrer „Relais-Funktion“ zwischen lokaler Umsetzung und der Bundesebene zu aktivieren, aber auch inter-regionale Zusammenarbeiten durchzuführen, um den Strukturierten Dialog voran zu bringen.
3. Die Diskussion sollte sich nicht nur auf die vier von der EU vorgegebenen Themenbereiche (Partizipation, Information, Freiwilligentätigkeit, Mehr Wissen über die Jugend) beschränken. Auch um die Vergleichbarkeit zu sichern, wäre eine europaweite Festlegung auf drei bis fünf Schwerpunktthemen sinnvoll. Jedoch ist dabei auch eine Offenheit für das Weglassen bzw. Ergänzungen durch weitere Themen unter dem Strukturierten Dialog, wie beispielsweise 2007 in Sachsen-Anhalt das Thema „Europäische Bildung“, gefragt.
4. Um den Strukturierten Dialog nachhaltig in der Umsetzung zu stärken, müssen zudem Initiativen für eine verstärkte Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit ergriffen werden. Hilfreich ist es sicherlich auch, den Strukturierten Dialog in zeitlich begrenzte Projekte einzubinden.



Dörte Liebetruth
Sprecherin des
Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit (DNK)

Strukturierter Dialog: Erfahrungen und Anforderungen aus der Sicht von Jugendorganisationen

Der Strukturierte Dialog kann als Instrument betrachtet werden, die Partizipation junger Menschen an europäischer Jugendpolitik systematischer und kontinuierlicher zu gestalten. Die im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) zusammengeschlossenen Jugendorganisationen, der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), die Deutsche Sportjugend (dsj) und der Ring Politischer Jugend (RPJ) verstehen das Konzept des Strukturierten Dialogs in erster Linie als Chance, junge Menschen nachhaltiger an der Entwicklung und Umsetzung europäischer Jugendpolitik zu beteiligen.

Beim Runden Tisch wurde die Vermittlung Europas an Jugendliche immer wieder als ein Ziel des Strukturierten Dialogs erwähnt. Das DNK begreift die Europakommunikation dagegen als Voraussetzung für erfolgreiche Jugendpartizipationsprozesse im Rahmen des Strukturierten Dialogs: Wenn sich Jugendliche europabezogene Informationen aneignen, schaffen sie sich eine Grundlage für ihre aktive Teilhabe an europäischer Politik. Die Kommunikation europäischer Politik allein reicht aber nicht, um den Strukturierten Dialog aus der Sicht von Jugendorganisationen zum Erfolg zu führen.

Erfolgreich kann der Strukturierte Dialog nur werden, wenn er Raum für eine nachhaltige, echte Teilhabe junger Menschen an europäischer Politik schafft. Fassen die politischen Entscheidungsträger den Strukturierten Dialog aber in erster Linie als Public-Relations-Instrument europäischer Institutionen auf, ohne auf die politischen Forderungen, Ideen und Sorgen junger Menschen einzugehen, dann birgt der Strukturierte Dialog die Gefahr, dass Jugendliche von Europa und/oder der Politik noch enttäuschter werden, als sie es zum Teil schon sind. Oder anders gesagt: Der Strukturierte Dialog ist wie ein Versprechen der Politik, sich um die Anliegen junger Menschen zur europäischen Jugendpolitik zu kümmern. Wenn dieses Versprechen gebrochen wird, werden die Enttäuschungen von der Europäischen Union bzw. von der Politik im allgemeinen größer sein, als wenn das Versprechen gar nicht erst gemacht worden wäre. Das soll nicht heißen, dass jede Forderung junger Menschen erfüllt werden muss, damit keine Enttäuschungen entstehen. Wichtig ist aber, dass sich Politikerinnen und Politiker mit den jungen Menschen und ihren Forderungen auseinandersetzen, dass sie sich kümmern!

Probleme und Lösungsansätze

An der bisherigen Umsetzung des Strukturierten Dialogs haben Jugendorganisationen aktiv mitgewirkt. Dabei wurden zahlreiche Erfahrungen gesammelt, wie das Konzept und die Umsetzung weiter entwickelt werden sollten. Bei vergangenen Veranstaltungen im Rahmen des Strukturierten Dialogs haben teilnehmende Jugendvertreterinnen und -vertreter mal mehr und mal weniger den Eindruck gewonnen, dass sich die beteiligten Politikerinnen und Politiker um die von jungen Menschen geäußerten Anliegen wirklich kümmern. Aus der Sicht von Jugendorganisationen ist es wichtig, das Konzept des Strukturierten Dialogs so zu verbessern, dass es in Zukunft bessere Rahmenbedingungen für dieses Kümmern bietet. Aber wie? Zu den notwendigen Schritten gehört es:

- 1. den Strukturierten Dialog klarer zu strukturieren,
- 2. die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und die Ergebnisse des Strukturierten Dialogs zielgruppengerecht zu kommunizieren und
- 3. die nötigen Ressourcen für die Umsetzung des Strukturierten Dialogs zu investieren.

1. Den Strukturierten Dialog klarer strukturieren

Der Begriff Strukturierte Dialog verdeckt, dass die Beteiligung junger Menschen an europäischer Politik noch immer wenig strukturiert abläuft. Events, die seit Jahren regelmäßig durchgeführt werden, haben in den vergangenen Monaten das Label „Teil des Strukturierten Dialogs“ bekommen, ohne dass sich Wesentliches geändert hätte.

Um junge Menschen besser zur Teilnahme motivieren zu können, aber auch damit die Ergebnisse leichter erfassbar werden, muss der Strukturierte Dialog mehr Struktur bekommen: Jeder Zyklus braucht einen klaren Beginn und einen klaren Endpunkt. Die Abschlusserklärungen dürfen nicht mehr in Schubladen verschwinden, sondern gehören an die Pinnwände und in die Wiedervorlagemappen der Politikerinnen und Politiker, um eine nachhaltigere Jugendbeteiligung zu erreichen. Hilfreich kann hierbei eine Idee der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kölner Jugendevents (2007) sein: Sie hatten ihre Forderungen in einer Checkliste zusammengefasst, die anschließend den Jugendministern der Teampräsidentschaftsstaaten von Deutschland, Portugal und Slowenien sowie dem EU-Jugendkommissar übergeben wurde.

Damit der Strukturierte Dialog ein Erfolg für junge Menschen wird, müssen die unterschiedlichen politischen Ebenen eng verknüpft werden. Ein gutes Beispiel, wie eine solche Verknüpfung aussehen kann, waren die lokalen, regionalen und nationalen Debatten im Vorfeld des Europäischen Jugendgipfels zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge 2007. Dort initiierten Jugendorganisationen Debatten vor Ort, die auch über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgingen. Die Ergebnisse wurden in Deutschland an das DNK weiter geleitet, das sie im Rahmen einer Veranstaltung inhaltlich zusammenführte. Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Veranstaltung auf europäischer Ebene wählte das DNK solche Jugendliche aus, die sich zuvor vor Ort und auf Bundesebene aktiv an den Debatten beteiligt hatten. Problematisch war jedoch im Vorfeld des Europäischen Jugendgipfels 2007 das extrem kurze Zeitfenster, das für die Debatten zur Verfügung stand. Wenn aber genügend Zeit vorhanden ist, können Jugendorganisationen mit ihren Gliederungen und Zusammenschlüssen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene viel zur engen Verknüpfung und damit zur Nachhaltigkeit des Strukturierten Dialogs beitragen.

Bisher ist der Strukturierte Dialog ein Top-Down-Prozess, dessen Themen von politischer Seite vorgegeben wurden. Damit die Stimme junger Menschen zählt, muss der Strukturierte Dialog aber auch zu einem Bottom-Up-Prozess weiter entwickelt werden. Die Themen des Strukturierten Dialogs sollten transparent und gemeinsam von den Politikerinnen und Politikern und den jungen Menschen gesetzt werden.

2. Den Strukturierten Dialog zielgruppengerecht kommunizieren

Junge Menschen zur Beteiligung zu motivieren bedeutet, dass der Strukturierte Dialog zielgruppengerecht kommuniziert werden muss. Jugendorganisationen können mit Aktionen und Veranstaltungen einen Beitrag zur direkten Ansprache junger Menschen in ihrem Lebensumfeld leisten. Gerade wenn es darum geht, zum Aktiv-Werden zu ermutigen, ist solche unmittelbare Kommunikation durch nichts zu ersetzen.

Um die Fortschritte und Ergebnisse des Strukturierten Dialogs auf den unterschiedlichen Ebenen besser sichtbar zu machen und miteinander zu vernetzen, wäre europaweit ein zentrales Web-Angebot nach Web-2-0-Prinzip denkbar, bei dem also die Inhalte von den Nutzern selbst gestaltet werden. Mit dessen Hilfe könnten Beiträge zum Strukturierten Dialog dokumentiert und einfacher zusammengeführt werden. Allerdings sollte man sich darum auch nicht zu viel versprechen: ein solches Angebot würde in erster Linie von politisch bereits interessierten Jugendlichen genutzt und nicht massenhaft das Interesse junger Menschen für europäische Jugendpolitik wecken.



3. Die für den Strukturierten Dialog nötigen Ressourcen investieren

Wer die Ziele des Strukturierten Dialogs erreichen will, muss einerseits die nötigen Ressourcen – also auch Geld und Zeit - investieren. Auf der anderen Seite darf die aufwändige Beantragung von Mitteln aus dem EU-Programm Jugend in Aktion nicht die Voraussetzung dafür sein, dass junge Menschen ihre Ideen in den Strukturierten Dialog einbringen können.

Die verstärkte Einbeziehung benachteiligter Jugendlicher im Rahmen des Strukturierten Dialogs ist zu begrüßen. Aber wer „A“ sagt, muss auch „B“ sagen: Für die erfolgreiche Arbeit mit heterogenen Gruppen müssen mehr Ressourcen aufgewandt werden, wie Erfahrungen aus der Jugendarbeit aber auch mit Integrationsklassen in Schulen zeigen. Zur verstärkten Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen muss die Sprachfähigkeit der Zielgruppe unterstützt werden. Dies ist nur mit zusätzlichen Investitionen in die Qualifizierung der Jugendlichen und einer besonders intensiven Vorbereitung durch dafür qualifizierte Trainerinnen und Trainer sowie einer verstärkten pädagogischen Begleitung während der Veranstaltungen möglich.

Ausblick

Damit aus dem Strukturierten Dialog keine vertane Chance wird, bleibt also noch viel zu tun. Jugendorganisationen können mit ihren Strukturen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene entscheidend zur nachhaltigeren Beteiligung junger Menschen an europäischer Jugendpolitik beitragen. Deswegen werden der Deutsche Bundesjugendring, die Deutsche Sportjugend und die im Ring Politischer Jugend zusammengeschlossenen parteipolitischen Jugendorganisationen die Umsetzung und Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs in Deutschland aktiv mitgestalten. Über das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) bringen sie Jugendinteressen gemeinsam auf europäischer Ebene ein, um den Strukturierten Dialog auch dort mit Leben zu füllen.



Jörg Reschke
Servicestelle Jugendbeteiligung

Gesprächspartner gesucht **Ansätze im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa**

Neues spannendes Papier der Europäischen Kommission sucht nette Gesprächspartner für gemeinsamen Monolog zur europäischen Jugendpolitik. Angesprochen sind: organisierte und nicht organisierte Jugendliche in und außerhalb von Strukturen, Jugendliche mit erhöhtem und ohne Förderbedarf, aus Städten und dem ländlichen Raum, weiblich und männlich, junge und ältere Jugendliche sowie Berufsjugendliche. Bei Interesse bitte melden bei Ján Figel (Kommissar). Kennwort: Strukturierter Dialog

Das Meyer´sche Lexikon definiert Dialog als ein schriftliches oder mündliches Zwiegespräch bzw. eine Unterredung zwischen zwei oder mehreren Personen. Voraussetzung hierfür sind also mindestens zwei Dialogpartner, die sich wechselseitig über einen gemeinsamen Inhalt austauschen. An möglichen europäischen Inhalten mangelt es einem Strukturierten Dialog zweifelsohne nicht, jedoch bleibt die Frage offen, wer als Gesprächspartner an diesem Dialog teilnimmt.

Die Europäische Kommission steht hinter dem Ansatz des Strukturierten Dialogs. Ján Figel ist als ihr Vertreter im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit verantwortlich für die Themenbereiche Jugend und Beziehungen zur Zivilgesellschaft, ist aber nicht persönlich in die Vielzahl von Konferenzen und Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen eingebunden. Stattdessen wird zumeist die Europäische Kommission als Ganzes - also eine anonyme Administration - als formaler Empfänger von Resolutionen adressiert. Die direkte Einbindung von politischen Entscheidungsträgern ist erst in der Troika ausdrücklich vorgesehen.

Die Kommission bezeichnet die Jugend Europas ihrerseits als Adressanten, also eine nicht näher definierte Masse an potentiellen Gesprächspartnern. Alle sollen mitreden können: Organisierte Jugendliche, Jugendliche außerhalb von Strukturen, Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf, jene aus Städten und dem ländlichen Raum, Mädchen und Jungen aller Altersstufen, Regionen und strukturellen Ebenen. Zudem sollen Verbände und Initiativen, politische Entscheidungsträger und mit besonderer Erwähnung die lokale Administration eingebunden sein. Bei dieser Vielzahl an Akteuren und Zielgruppen erscheint eine Strukturierung des Dialogverfahrens deutlich notwendig. Dem vorausgehen müsste eine Segmentierung zu dialogfähigen Partnergruppen, denn die Einbeziehung aller Zielgruppen zur gleichen Zeit im selben Umfang scheint nicht möglich zu sein.

Zielsetzung

Der Strukturierte Dialog möchte kein Schubladenkonzept sein, sondern in zeitgemäßer Form sieben Jahre nach dem Weißbuchprozess erneut versuchen, Schwung in die Jugend Europas zu bringen. Ziel ist es dabei, Mechanismen zu fördern, die zur Motivation und Selbstbestimmung Jugendlicher führen, um sich aktiv in die Debatten zur Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubringen.

Eine solche Zielsetzung setzt bei den Jugendlichen ein vorhandenes Interesse für die Themen und Inhalte voraus und mündet in der Eingliederung der Jugendlichen in bestehende Debatten. Dieser einseitige Vollzug von Ansprüchen der Erwachsenenwelt in die Lebenswelt der Jugendlichen dann, wenn zugleich auch die Systemfrage gestellt wird, die eine Integration der unterschiedlichen Herangehensweisen ermöglicht. Ohne diese ist die Vorgehensweise aus partizipatorischen Gesichtspunkten kritisch zu betrachten.



Wenn nun also die aktive Beteiligung Jugendlicher in die Debatten Europäischer Jugendpolitik das übergreifende Ziel ist, so hat der Strukturierte Dialog den Zweck, Mechanismen zu identifizieren und zu entwickeln, die zur effektiveren Partizipation Jugendlicher führen. Die ersten Aktivitäten, welche 2007 als Teil eines Strukturierten Dialogs kommuniziert wurden, zeigten in Art und Gestaltung eine Bandbreite an Umsetzungsmöglichkeiten auf. Die Vermutung eines Trial & Error-Verfahrens seitens der Kommission liegt nahe.

Jugend in Aktion

Die Rolle eines nationalen Vermittlers und Unterstützers in der Umsetzung des Strukturierten Dialogs fällt den Nationalagenturen zur Umsetzung des EU-Programms „Jugend in Aktion“ zu. Mit dem Förderprogramm ist ihnen ein zentrales Förderinstrument an die Hand gegeben, das direkt mit der Aktion 5.1 „Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik“ und indirekt mit weiteren Aktionen, beispielsweise der Aktion 1.3 „Projekte der partizipativen Demokratie“ zur Umsetzung des Dialogverfahrens beiträgt.

In ihrer Rolle darf sich die Nationalagentur nicht auf die bloße Dienstleistung finanzieller und organisatorischer Unterstützung beschränken. Benötigt wird eine inhaltlich neutrale Koordination und Trägerschaft eines Gesamtdialogs, welche nur in der Programmkoordination des Jugendprogramms richtig aufgehoben ist. Auf diese Weise kann bei der Umsetzung von Aktivitäten auch ein enger und stetiger Informationsaustausch zwischen den Veranstaltungsträgern, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Nationalagentur selbst sichergestellt werden.

In der Aktion 5.1 beantragte Projekte bilden das Herzstück des Dialogs. Beispielsweise unterstützen mehrtägige bundesweite Jugendkonferenzen den Prozess, an deren Ende ein inhaltliches Positionspapier von den jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern entsteht, das über die weiteren Ebenen bis zur Europäischen Kommission weiter getragen und entwickelt wird. Insgesamt stehen allein für diese Aktion in Deutschland jährlich 240.000 EUR zur Verfügung. Diese doch eigentlich umfangreiche Summe ist jedoch unzureichend, sollten Bestandteile eines Strukturierten Dialogs wirklich auf allen Ebenen in dem gewünschten Umfang und der geforderten Qualität umgesetzt werden. Ein ungenutztes Potential ist in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung weiterer Aktionsformate wie Jugendbegegnungen und Jugendinitiativen in den Kontext eines Strukturierten Dialogs, indem beispielsweise Themen wie „European Citizenship“ eine größere Bedeutung erlangen.

Inhaltliche Gestaltung über das Reden hinaus

Welche Themen im Zentrum des Strukturierten Dialog stehen sollen, steht bereits fest, nämlich alles und nichts. Festgelegt ist seitens der Europäischen Kommission ein jährliches Schwerpunktthema. In 2008 steht der Interkulturelle Dialog im Vordergrund und im darauf folgenden Jahr die Perspektiven der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa. Zu diesen jährlichen Prioritäten kommen weitere hinzu, beispielsweise die vier Säulen des Weißbuches (Information, Partizipation, Freiwilligendienst und Jugendforschung), die Wirkungsziele des Programms Jugend in Aktion und ggf. weiteren Schwerpunktsetzungen durch die Nationalagenturen. Gleichzeitig braucht eine von Jugendlichen selbstbestimmte und interessen geleitete Diskussion eine Flexibilität, die auch über den bestehenden inhaltlichen Rahmen hinausgehen kann. Die Gewährung dieser Flexibilität ist zumindest insoweit vorangeschritten, als dass die Zukunft Europas als nicht näher differenziertes Themenfeld ebenfalls in den Katalog der Gestaltungsmöglichkeiten aufgenommen wurde.



Die inhaltliche Gestaltung des Strukturierten Dialogs wird von entscheidender Bedeutung sein. Welche Themen sind den Jugendlichen wichtig? Zu welchen Themen möchte die Kommission Beiträge der Jugendlichen besprechen? Im Spannungsfeld zwischen wenigen Themen mit breiter Diskussion und intensiverem Austausch oder einer Vielzahl von Themen und Ansätzen auf Basis der (spontanen) Interessensbekundung Jugendlicher wird man sich letztendlich zwischen einem Steuerungsautomatismus oder einer Graswurzel-Bewegung entscheiden müssen. Beides bedeutet Partizipation – entweder top-down oder bottom-up. Wünschenswert ist eine Impulsgebung durch die Jugendlichen, wobei Initiativen der politischen bzw. administrativen Seite nicht ausgeschlossen sind.

Wenn also eine integrative Themensetzung stattgefunden hat und sich ein Dialogverfahren mittels Konferenzen und anderen Aktionsformen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene etabliert hat, sollen die Ergebnisse an die politischen Entscheidungsträger auf europäischer Ebene gelangen. In Form so genannter informeller Foren der „Troika“ (bestehend aus Vertretern der Präsidentschaft, der Kommission und dem Europäischen Parlament) können jugendlichen Vertretern der europäischen Jugendevents bzw. Jugendwoche für ihre Forderungen werben. Das ist der Moment, in welchem spätestens die administrative Anonymität als Dialogpartner den realen Personen und Entscheidungsträgern weicht. Das ist der entscheidende Moment Europäischer Jugendpolitik. Hier kann eine politische Mitgestaltung von Jugendlichen und ein Einfluss auf das Agenda Setting Wirkung erlangen. Kritisch hinterfragt werden muss, welche Veränderung durch das Entwerfen, Diskutieren und Weitergeben von Resolutionen und Schlussfolgerungen bewirkt wird. Das Ergebnis eines Strukturierten Dialogs als die Quintessenz vieler Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen zusammengepresst auf vierzig Zeilen und einem Blatt Papier? Hoffentlich bleibt es nicht nur dabei.

Effektive Beteiligung über das Reden hinaus bedeutet eine Befähigung und Verantwortungsübernahme der Jugendlichen über die einmalige Teilnahme an einer Konferenz oder singuläre Meinungsäußerung hinaus. Die Entwicklung von Projekten und Initiativen, welche in einem thematischen Zusammenhang stehen, sollte angeregt und im Rahmen eines Folgeprozesses und der Valorisierung weiter unterstützt werden. In Form von Folgeaktivitäten kann diese Form der Ausbildung selbstbestimmter und nachhaltiger Partizipationsstrukturen ausgebaut und verstetigt werden. Sie wirken in der Verankerung und Fortführung der Debatten. Dabei lassen sie dem Reden praktisches Handeln folgen und können in ihrer lokalen Lebenswelt bereits mit der Umsetzung dessen anfangen, was zunächst nur in Papierform weitergereicht wird. Praktische Erfahrungen mit diesem Ansatz wurden in Deutschland beispielsweise in Projekten zur Jugendbeteiligung an der Erstellung eines Nationalen Aktionsplanes für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010 sowie der Deutschen Jugendkonferenz zum Europäischen Pakt für die Jugend gesammelt. Eine dauerhafte Betreuung und Beratung der Jugendlichen in Form von informellen Netzwerken sowie die Rückspiegelung von politischen Stellungnahmen und Reaktionen auf die jugendlichen Empfehlungen können in relativ kurzer Zeit zu einem Pool jugendlicher Multiplikatoren für Themen der Europäischen Jugendpolitik führen. Diese sind dann nicht mehr nur Teilnehmer einer Konferenz, die in irgendeinem Zusammenhang zum Strukturierten Dialog steht, sondern sie führen ihn in ihrem Lebensumfeld fort.

Struktur im Dialog

Je nach Betrachtungsweise könnte man den Strukturierten Dialog als neues, zusammenführendes und integratives Element verstehen um Jugendliche und Entscheidungsträger ins Gespräch zu bringen. Bietet es doch die Möglichkeit eine Masse an Themen, Orten, Ebenen und Akteuren in unterschiedlichsten Zielsetzungen in einen vorgegebenen Prozessablauf zu konzentrieren und in Kohärenz zu bringen. Alternativ könnte man das theoretische Modell eines strukturierten Dialogs auch als Zauberkoffer



bezeichnen, der unsortiert verschiedenste Elemente und Formate von Dialogansätzen beinhaltet. Die bereits vor einer Konferenz angefertigte Resolution als Ass im Ärmel, der Trick der schwebenden Finanzierungslage und viele weitere Besonderheiten mit einbegriffen. Ganz sicher findet man darin auch einen Hut mit unsichtbarem Loch, in dem manche Empfehlung oder Resolution wirkungslos verschwindet könnte.

Um letzteres zu verhindern, ist es notwendig bereits im Vorfeld zu klären, wer die Ergebnisverantwortung für den Gesamtprozess trägt. Die Europäische Kommission? Das Europäische Jugendforum? Die jeweiligen Nationalagenturen? Welche Rolle nehmen die lokalen Autoritäten ein? Die Frage der Verantwortung ist notwendig möglichst früh zu klären, damit sich zu einem späteren Zeitpunkt keine Frustration bei den jugendlichen Teilnehmern einstellt und die ohnehin schon knappe Ressource Motivation keine weitere Verringerung erfährt.

Sieben Jahre nach dem Weißbuchprozess befinden wir uns in einer Situation, in der sich der Grad der Umsetzung der jugendpolitischen Ziele in den Nationalstaaten in qualitativer und quantitativer Weise erheblich unterscheidet. Auf europäischer Ebene sind Plattformen im Rahmen des Youth Events jeder einzelnen Ratspräsidentschaft und der jährlichen Youth Week entstanden, die bislang von ihrer Zusammensetzung und inhaltlicher Ausgestaltung her in keinem konzeptionellen Bezugsrahmen stehen. Mit dem Dialogverfahren Strukturierter Dialog muss nun eine übergreifende Kommunikation und Ablaufstruktur geschaffen werden, mit der und in der Jugendliche effektiv an der gesellschaftlichen Debatte teilhaben können.

Rahmenbedingungen des Dialogs

Eine Finanzierung ist für die zentralen europäischen Veranstaltungen Youth Event und Youth Week über die jeweilige Ratspräsidentschaft bzw. die Europäische Kommission vorgesehen. Veranstaltungen auf allen anderen Ebenen haben die Möglichkeit eine Teilfinanzierung von 75% der Kosten in maximaler Höhe von 50.000€ über das EU-Programm Jugend in Aktion zu beantragen. Insgesamt stehen 240.000€ jährlich zur Verfügung, was eine Durchführung von etwa sieben bis acht größeren Veranstaltungen oder eben einer größeren Anzahl kleinerer Veranstaltungen in Deutschland zulässt. Damit liegt ein vergleichsweise großes Potential zur Förderung vor.

Wünschenswert ist eine grundsätzlich offene Ausschreibung durch die Nationalagentur, bei der gleichzeitigen Sicherstellung, dass eine Entscheidung keine unnötig aufgezwungene Proportionalität an Zielgruppen und Funktionären provoziert. Denkbar ist auch eine Teilausschreibung der Teilnehmerplätze, die stets eine zweite Teilnahme von Personen aus der Vorgängerkonferenz im Rotationsmodell vorsieht, damit eine Weiter- und Rückspiegelung der Ergebnisse im Transfer auf der vertikalen Ebene gewährleistet werden kann. Eine entsprechende zeitliche Entzerrung des Gesamtprozesses ist notwendig.

Da nationale Veranstaltungen bislang eine breite Teilnehmerinformation und Möglichkeiten der offenen Anmeldung oder Bewerbung erfahren, ist umso kritischer anzumerken, dass selbiges für die zentralen europäischen Konferenzen bislang nicht der Fall ist. Im internationalen Vergleich werden Methoden vom Schreibwettbewerb, persönlicher Benennung durch ein Bundesministerium bis zur festen Abgabe der Plätze an Nationale Jugendringe eingesetzt. In Deutschland ist in den vergangenen Jahren selten eine öffentliche Ausschreibung für jugendliche Teilnehmer ergangen. Selbst die Nationalagentur als feste Säule des Strukturierten Dialogs war nicht immer daran beteiligt.



Fazit: Ein Instrument mit Potential

Der Strukturierte Dialog in Verbindung mit der Offenen Methode der Koordinierung wird mit Sicherheit keine Erscheinung von kurzer Dauer sein. Von einer zunehmenden Institutionalisierung von Veranstaltungsformaten ist auszugehen. Wichtig ist dabei im Auge zu behalten, dass der Strukturierte Dialog nicht als Dialog von mehr oder weniger Interessensvertretungen, also einem Dialog von Strukturen, missverstanden wird.

Das Verfahren kann zu einem intensiven Austausch zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern führen, was die Herausbildung eines größeren Vertrauens in Politik und Administration befördern und das europäische Bewusstsein stärken würde. Voraussetzung ist, dass Beteiligung auch eine Wirkung entfaltet und die Gelegenheit zur Entwicklung und Herausbildung von Mechanismen zur Förderung von Motivation und Selbstbestimmung Jugendlicher wahrgenommen wird. Notwendig bleibt ein politisches und finanzielles Engagement durch das EU-Programm „Jugend in Aktion“ und die Nationalstaaten um ein breit angelegtes Dialogverfahren durchzuführen. Es bedarf einer nationalen Koordinierungs- und Unterstützungsstelle, welche bereits durch die Nationalagentur ausgefüllt wird. Begleitet werden sollte der Strukturierte Dialog durch einen realistischen Pragmatismus, der für eine zeitliche Entzerrung und die notwendige Flexibilität einsteht sowie vor überhöhten Erwartungen schützt.

Mit dem Instrument Strukturierter Dialog stehen wir noch am Anfang. In den kommenden Monaten ist es an den nationalen und europäischen Akteuren, Impulse zu geben und veränderte Rahmenbedingungen zu setzen, die auf ein geeignetes und in sich stimmiges Gesamtkonzept hinwirken. Aus den bisherigen Erfahrungen und Diskussionen lassen sich bereits einige Erfolgskriterien ableiten:

1. Bei der Themenplanung sollte es sich nur um einen steuerbaren Rahmen handeln, der flexibel gehandhabt werden kann, um sich an den spontanen Interessen der Jugendlichen zu orientieren.
2. Bestehende Elemente des Dialogs wie das Youth Event und die Youth Week auf europäischer Ebene bedürfen bezüglich der Themensetzung und Teilnehmerauswahl einer konzeptionellen Überarbeitung, um effektiv den Dialogprozess beeinflussen zu können.
3. Die Unterstützung durch politische Entscheidungsträger und deren tatsächliche Präsenz müssen gesteigert werden mit dem Ziel, als persönlicher Dialogpartner wahrgenommen zu werden und Unterstützer im Transfer der Ergebnisse zu sein.
4. Zur Vor- und Nachbereitung von Einzelveranstaltungen und zur Steigerung der Zugänglichkeit ist die Nutzung neuer Medien wie Online-Community-Plattformen, offene Foren und Wikis wünschenswert.
5. Eine umfangreichere Dokumentation des Strukturierten Dialogs in seiner Gesamtheit, herunter gebrochen auf Einzelveranstaltungen und in der Darstellung von Beteiligungsmöglichkeiten, würde eine größere Transparenz bewirken und Vertrauen in den Prozess schaffen.
6. Elemente zur Sicherung einer projektorientierten Nachhaltigkeit über das Schreiben von Resolutionen hinaus sollen fester Bestandteil des Strukturierten Dialogs zumindest auf lokaler bis nationaler Ebene sein.
7. Eine zeitlich angemessene Gestaltung des Gesamtprozesses erlaubt die Rückkoppelung der Ergebnisse auf vertikaler Ebene und das Offenhalten von Gelegenheitsmöglichkeiten zur Beteiligung.
8. Die lokale Nähe stellt eine besondere Verbindlichkeit her, daher ist der Einsatz des Strukturierten Dialogs bereits auf der lokalen Ebene und im Idealfall bereits unter Einbeziehung der Schule als Lern- und Lebensumfeld besonders versprechend.
9. Der Strukturierte Dialog im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit sollte als ressortspezifische Querschnittsaufgabe verstanden werden und mit Unterstützung der gesamten Kommission durchgeführt werden. Dabei darf der Strukturierte Dialog nicht als Dialog der Strukturen scheinlegitimierter Interessensvertreter missverstanden werden.

10. Damit es nicht bei zusammenhangs- und wirkungslosen Einzelprojekten bleibt, ist eine dauerhafte finanzielle Unterstützung von Maßnahmen notwendig.
11. Zur Sicherstellung von Qualität aller Maßnahmen und Unterstützung neuer Träger ist die Bereitstellung von Hintergrundinformationen, Beratung, Qualifizierungsangeboten und Vernetzung der unterschiedlichen Träger vorzusehen.
12. Insbesondere neuartige Konzepte der Beteiligung sollten zur Stärkung des Dialogverfahrens Anwendung finden und hinreichend ausgewertet werden.
13. Best-Practise-Modelle, die zur Motivation und Selbstbestimmung Jugendlicher führen, sich aktiv in die Debatten über die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubringen, können wichtige Impulse für die Entwicklung von Partizipationsansätzen in den Nationalstaaten geben. Hierfür ist eine Untersuchung und Dokumentation der unterschiedlichen Ansätze erforderlich.

Im Ausblick ist eine öffentliche Darstellung der Prozesse, Ergebnisse und Akteure der verschiedenen Ebenen wünschenswert, die die Offenheit des Angebots unterstreicht, Möglichkeiten zur Information bietet und einen Beitrag zur Sicherstellung des Ergebnistransfers leisten kann. Die Möglichkeit der Einrichtung einer zentralen Informations- und Diskussionsplattform im Internet ist hier besonders hervorzuheben. Unter dem Einsatz neuer Medien können auch Wege zur Beteiligung am Diskussionsprozess außerhalb der gängigen Veranstaltungsformate entwickelt und eingesetzt werden.



Panel 3: Regionale Jugendpolitik unter europäischer Perspektive – Mehrwert oder Reibungsverlust?

Bernd Sibler

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Die Jugend braucht eine Stimme

Jede demokratische Gesellschaft ist auf das Engagement junger Menschen im Gemeinwesen angewiesen. Das Thema ist mir persönlich ein großes Anliegen, denn meine eigenen politischen Wurzeln liegen in der Jugendarbeit. Es geht um die Partizipation von Jugendlichen in unserer Gesellschaft und die Teilhabe von Jugendlichen an einer aktiven EU-Bürgergesellschaft. Die Partizipation junger Menschen ist ein wichtiger Faktor bei ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und selbständigen Persönlichkeiten. Und sie ist ein wesentliches Element einer demokratischen Bürgergesellschaft.

Jugendliche sind gute Vertreter ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse. Sie können mit ihrem Engagement und ihren Ideen einen wertvollen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Es gibt bereits zahlreiche Beteiligungsmodelle, um die jungen Menschen noch besser in den politischen Prozess einzubinden: in den Kindertagesstätten wie auf kommunaler Ebene. Und in den Schulen sogar auf Landesebene – in Form des Landesschülerrats. Das ist gut so, denn die Jugend braucht eine Stimme. Die Jugend soll und sie kann mitreden, wenn es darum geht, das öffentliche Leben zu gestalten. Das hat auch die Europäische Union erkannt. Deshalb setzt sie sich zunehmend ein für die aktive Beteiligung junger Menschen in Europa – etwa mit dem EU-Programm „Jugend in Aktion“.

Das ist die eine Seite. Europa ist allerdings noch nicht bei allen angekommen. Die Jugendlichen selbst schätzen ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in der EU eher skeptisch ein. So waren 49 Prozent der Jugendlichen bei einer Umfrage aus dem Jahr 2006 der Meinung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Unter den deutschen Jugendlichen waren es sogar 57 Prozent! Dabei ist es nicht so, dass sich die jungen Menschen nicht einbringen wollen. Das zeigt die Umfrage „Junge Europäer“ aus dem Jahre 2007. Dort haben 81 Prozent der Befragten angegeben, dass sie angehört werden wollen, bevor Entscheidungen getroffen werden, die sie betreffen.

Hier müssen wir ansetzen, dies ist eine zentrale Herausforderung europäischer Politik. Denn wenn wir uns eines nicht leisten können, dann sind das Passivität oder gar „Politikverdrossenheit“ bei unserer jungen Generation.

Die jungen Menschen müssen das Gefühl haben, dass man ihre Bedürfnisse berücksichtigt. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen von heute für Europa gewinnen – sie sind die Zukunft Europas.

Wie schaffen wir das? Es gibt vielversprechende Ansätze, um die Jugendlichen für die Idee eines vereinten Europa zu begeistern, beispielsweise Jugendparlamente und kommunale Jugendräte. Denn vor Ort lassen sich demokratische Prozess besonders gut veranschaulichen und natürlich mitgestalten. Darüber hinaus müssen sowohl die Verbände, Jugendverbände und natürlich auch die politischen Parteien ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die jungen Menschen mit Europa identifizieren. Ausdrücklich begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Union mit dem Programm „Jugend in Aktion“ gezielt die Partizipation Jugendlicher fördern und diese noch besser als bisher in den politischen Prozess einbinden will.

Bei der Schaffung neuer Strukturen für die Partizipation junger Menschen müssen wir überlegt vorgehen. Es kann nicht darum gehen, auf die Kinder und Jugendlichen einen Zwang auszuüben. Demokratie lebt von der Freiwilligkeit. Und ich bevorzuge deshalb eindeutig die freiwilligen Formen der Beteiligung. Das heißt: Wir müssen den jungen Menschen Angebote machen, die aber auch gut sein müssen. Die Demokratie in Europa muss für die jungen Menschen attraktiv sein, dann werden sie auch mitmachen. So wünsche ich mir über diesen Runden Tisch zum Strukturierten Dialog hinaus viele engagierte junge Europäer!





Josef Zellmeier (CSU) MdL
Vorsitzender der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern“
des Bayerischen Landtags

Jugendliche wollen konkrete Ergebnisse

Die Enquête-Kommission „Jung sein in Bayern“ hat sich bislang noch nicht konkret mit dem „Strukturierten Dialog“ beschäftigt. Auch für mich persönlich ist das Thema relativ weit weg, denn ich sehe nicht, dass sich die Jugendlichen sonderlich dafür interessieren. Fragen Sie mal einen jungen Menschen auf der Straße: niemand weiß, was damit gemeint ist. Die Jugendlichen heutzutage sind an konkreten Ergebnissen interessiert, sie wollen etwas Greifbares. Für große Weltveränderungen ist die Jugend nicht zu haben. Insofern ist sie viel pragmatischer orientiert als noch vor 20 Jahren.

Die dominierende Frage lautet: Was bringt das, was ich tue? Ziemlich gleichberechtigt stehen dabei der Nutzen für die Allgemeinheit und der Nutzen für die eigene Person. Bei letzterem geht es allerdings weniger um materielle Dinge, sondern mehr um die persönlichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Soll der Strukturierte Dialog zum Erfolg werden, müssen Ziel und Nutzen für die Jugendlichen stärker kommuniziert werden. Auch die Jugendverbände sind noch zu wenig eingebunden. An Handlungsbedarf mangelt es also nicht.

Gerade in Bayern gibt es bewährte Strukturen, wo Jugendliche sich einbringen können. Ich denke dabei an den Bayerischen Jugendring (BJR), seine Untergliederungen und die zugehörigen Jugendverbände. Die Übertragung zahlreicher staatlicher Aufgaben an den BJR, die in anderen Ländern bei den Landesjugendämtern liegen, schafft Gestaltungsspielräume. Hinzu kommt die ungewöhnliche Rechtsstellung des BJR als Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Natürlich sind die Funktionsträger der Jugendringe und Jugendverbände nicht immer selbst „junge Menschen“ nach der Definition des KJHG. Entscheidend für die Nutzung der bereits vorhandenen Organisationsformen als Teil des Strukturierten Dialogs mit der Jugend ist deshalb die Frage, ob es diesen gelingt, die jungen Menschen dort abzuholen, wo sie stehen. Fühlen sich junge Menschen ernst genommen und empfinden sie die Verantwortlichen der „organisierten Jugend“ tatsächlich als ihre Interessensvertreter, dann ist ein gutes Stück Dialog bereits gelungen.



Margarete Bause MdL
Vorsitzende der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ im Bayerischen Landtag

Europa lebt von Leidenschaft in der Vermittlung

Damit der Strukturierte Dialog erfolgreich sein kann, ist es wichtig, Jugendliche grundsätzlich für die politischen Prozesse zu begeistern. Partizipation auf europäischer Ebene gelingt nur, wenn zunächst einmal im Lokalen „das Feuer“ entfacht wird. Trockene Institutionenkunde an Schulen hilft da nicht weiter. Ob schulische oder außerschulische Bildung – wir brauchen Lehrer mit Leidenschaft. Sie müssen den Schülern zeigen, dass es sich lohnt, das eigene Leben selbst in die Hand zu nehmen. Planspiele sind hierbei ein hervorragendes Instrument. Ich bin jedes Mal begeistert, wenn ich sehe, mit welcher Motivation Schüler ihre Rollen ausfüllen, wenn sie merken, wie lebensnah Politik tatsächlich ist. Dass in Bayern inzwischen 50 Prozent solcher Planspiel-Bewerbungen von Hauptschulen stammen, ist eine Entwicklung in die richtige Richtung. Besonders wichtig sind derartige Angebote für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Sie werden oft vergessen und ihre besonderen Kompetenzen für den europäischen und interkulturellen Dialog werden nicht erkannt.

Grundsätzlich wünsche ich mir: Wer auch immer am Strukturierten Dialog arbeitet – die Akteure sollten den Jugendlichen Vertrauen schenken. Junge Menschen haben ein feines Gespür dafür, wann sie aus Alibi-Gründen auf eine Spielwiese geschickt werden und wann man sich ernsthaft ihrer Sorgen und Wünsche annimmt. Ich würde mich freuen, wenn Jugendliche in Zukunft mehr noch erfahren, wo sie sich überall beteiligen können. Es ist dabei jedoch wichtig, dass die Erwartungen an die Europäische Jugendpolitik nicht zu hoch gesteckt werden. Wenn wir nicht einmal Europäische Parteien oder Medien haben – warum soll es dann ausgerechnet die Europäische Jugendpolitik geben?



Jana Frädlich
Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München

BETEILIGUNG wird in München groß geschrieben

Die Landeshauptstadt München hat seit 2001 als gesamtstädtisches Ziel verankert, die Kinder- und Familienfreundlichkeit besonders zu fördern. Als erste deutsche Großstadt hat sie ausdrücklich die Kinderrechte anerkannt, wie sie in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes stehen. Seither werden diese im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeiten aktiv umgesetzt. Wegbereitend in Bayern wird damit § 1.3.4 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) mit Leben gefüllt, in dem es heißt: „Jugendhilfe soll dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“. Dabei sind Kinder und Jugendliche – ihrem Alter entsprechend – zu beteiligen (§ 8 KJHG). 2007 kam als gesamtstädtische Strategie die Leitlinie „Kinder- und familienfreundliches München“ als Grundlage für die Arbeit dazu.

Für seine vielfältigen, langjährigen Aktivitäten zur Beteiligung von Kindern und Familien wurde das Büro der Kinderbeauftragten 2007 mit dem „Deutschen Kinderpreis“ auf dem 1. Platz in der Kategorie „Die Kinderstadt“ ausgezeichnet.

Die politische und planerische Partizipation von Kindern und Jugendlichen begann in München vor rund 20 Jahren, mit dem Schwerpunkt der Beteiligung von Kindern bis 14 Jahren. So treffen sich Mädchen und Jungen zwei Mal im Jahr im Rathaus zum Münchner Kinder- und Jugendforum und teilen dort Erwachsenen als Politik und Verwaltung ihre Anliegen mit, formulieren Anträge und stimmen darüber ab. Alle Anträge werden innerhalb eines festgelegten Zeitraums von maximal einem halben Jahr mit Hilfe von Paten weiter bearbeitet.

München setzt auf Vielfältigkeit der Ansätze

Kinder und junge Jugendliche werden in München auf vielfältigen Wegen, mit verschiedensten Methoden und zu unterschiedlichen Themenstellungen nach ihrer Meinung gefragt. Das beginnt in den Kindertageseinrichtungen, wenn es darum geht, den Alltag gemeinsam zu gestalten. Aber auch in Veränderungsprozesse im Stadtviertel werden Kinder und junge Jugendliche einbezogen, zum Beispiel im Rahmen des Bund-, Länder-, Kommunenprogramms „Soziale Stadt“. Aber auch in konkrete Planungsprojekte, wie dem Bau eines neuen Spielplatzes, eines Schulhofs, einer Freizeitstätte oder des Wohnumfelds, werden Mädchen und Jungen einbezogen. Beteiligung wird in München auch als politische Mitsprache verstanden, wie sie zum Beispiel die Kinder- und Jugendforen, aber auch Kinder- und Jugendsprechstunden der Bezirksausschüsse oder die Kinder- und Jugendbeauftragten in den Bezirksausschüssen ermöglichen. Beteiligung ist auch Schwerpunkt vieler offener Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche oder von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Neu sind Planungen, neben einem Münchner Jugendrat auch eine StadtschülerInnenvertretung in der bayerischen Landeshauptstadt einzurichten, analog zu manchen Jugendgemeinderäten in Baden-Württemberg. Diese Vertretung wird in den Münchner Schulen gewählt und soll Jugendliche ab 12 Jahren erreichen. Demnächst wird der Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Münchner Stadtrates darüber abstimmen, ob diese Vertretung auch einen beratenden Sitz in diesem Ausschuss bekommen soll.

Das Konzept „Spielen in München“ legte die Beteiligung von Mädchen und Jungen konsequent als wichtiges Gestaltungskriterium fest.

Darüber hinaus wurde 2006 als Pilotprojekt ein gemeinsames, altersübergreifendes Beteiligungsprojekt durchgeführt: das 1. Münchner Kinder- und Familienforum (im Rahmen der Öffentlichkeitsphase zur Leitlinie „München – Kinder- und Familienstadt“). Dabei handelt es sich um eine sogenannte Großgruppenkonferenz, angelehnt an Modelle von Zukunftskongressen. Rund 350 Kinder, Jugendliche und Erwachsene erarbeiteten ihre Perspektive, wie Kinder- und Familienfreundlichkeit in München künftig aussehen soll. Diese Arbeit wird nachfolgend in verschiedenen Gruppen konkretisiert.

Um das Thema Partizipation konsequent in München weiter zu verfolgen, ist ein „Jahr des Partizipation“ im Gespräch, das 2009 als Stadtratsziel verankert werden soll. Es sieht vor, die Öffentlichkeitsarbeit für Partizipation zu intensivieren, Beteiligung als Querschnittsaufgabe der Verwaltung zu stärken, Beteiligungswissen, -methoden und -kompetenzen durch eine Moderatorenschulung zu verbreitern, Partizipation in den Schulen zu verbessern und das Netz der freien Träger nachhaltig zu unterstützen.

Das Kooperationsprojekt „Auf die Perspektive kommt es an! Münchner Kinder mischen mit.“ wurde zu Beginn der Amtszeit der hauptamtlichen Kinderbeauftragten realisiert: so steht seither ein Set zur Beteiligung von Kindern bei der Stadteilerneuerung und bei Planungsbeteiligungsprojekten zur Ausleihe bereit. Dabei handelt es sich um fünf Kinder-Aktions-Koffer und einen Kinder-Plan-Bau-Wagen. Das Herzstück der Kinder-Aktions-Koffer ist neben Kameras, Filmen, Tonbandgeräten, Fragebögen und vielen spannenden „Werkzeugen“, die die praktische Arbeit vor Ort ganz konkret unterstützen, das dicke Methodenhandbuch. Es ist ähnlich wie ein Kochbuch aufgebaut und erläutert die einzelnen Schritte der Methoden. Hier wird beschrieben, wie lange diese dauern und welches Material oder welche anderen Ressourcen benötigt werden.

Alle von den Kindern erarbeiteten Ergebnisse werden dokumentiert und ihre Anliegen auf dem abschließenden Stadtteil-Kinderforum der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung vorgestellt und darüber abgestimmt. Erste Versuche, die Kinder nicht nur über die Prioritäten ihrer Anträge abstimmen zu lassen, sondern ihnen auch ein sogenanntes Kinder-Budget zur Verfügung zu stellen, haben sich sehr gut bewährt. Damit kann die Finanzierung für ein, den Kindern wichtiges Vorhaben gesichert oder zumindest angestoßen werden.

Enge Verzahnung von Kinderbeteiligung und Realisierung von Kinderanliegen

Die Beteiligung von Kindern macht nur Sinn, wenn sie für die Kinder Sinn macht – mit diesen Kernsatz lässt sich der Erfolg oder Misserfolg von Kinderbeteiligung zusammenfassen. Beteiligung macht für die meisten Kinder wie auch für Erwachsene dann Sinn, wenn möglichst viele Anregungen der Mädchen und Jungen möglichst zeitnah umgesetzt werden.

Insgesamt lässt sich aus den vielfältigen Bemühungen um mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ablesen, dass das Thema „Beteiligung“ in der Landeshauptstadt München ernst genommen wird - wenn sich auch in manchen Teilen noch einiges verbessern ließe.

Wie aber passt das in den Kontext des Runden Tisches zum Strukturierten Dialog mit der Jugend? Dazu einige Thesen:



1. Es braucht vielfältige Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Partizipation gelingt, wenn es eine breite Angebotspalette gibt, in denen sich Kinder und Jugendliche mit ihren Möglichkeiten und Ausdrucksweisen frühzeitig und rechtzeitig einbringen können. Insbesondere im unmittelbaren Umfeld, in ihrem Alltag und in den Einrichtungen, brauchen sie vielfältige stadtteilbezogene Angebote, mit zunehmendem Alter auch stadtweit und in abstrakteren und komplexeren Kontexten. Je größer eine Kommune ist, desto vielfältiger sollten die Angebote und um so intensiver auch die Öffentlichkeitsarbeit sein. Partizipation muss regelrecht als Markenzeichen etabliert werden. Die Bertelsmann-Studie (2007) „MitWirkung!“ hat in diesem Zusammenhang heraus gearbeitet, dass insbesondere in Großstadtstrukturen Partizipation nur dann gelingen kann, wenn ein aufeinander abgestimmtes Konzept der Angebote für die jeweilige Kommune vorliegt.

2. Partizipation ist ein wichtiges „Lernfeld“ für Kinder und Jugendliche und muss frühzeitig beginnen: Je früher Beteiligungsmöglichkeiten ansetzen, desto effektiver ist das Lernen von Partizipation und sind die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Partizipation kann schon im Kindergarten gut gelingen und muss in der Schule fortgesetzt werden. Hier weist die Bertelsmann Studie nach, dass einerseits zwar große Defizite bestehen, andererseits aber besonders gute Chancen für Partizipation insbesondere in Großstadtstrukturen bestehen, wenn die Möglichkeiten zur Beteiligung in und über Schulen gestärkt werden.

3. Partizipation braucht in Kommunen geeignete Strukturen, die der Beteiligung förderlich sind: Je größer die Kommune, desto bessere und nachhaltigere Strukturen sind notwendig und desto intensiver müssen die Bemühungen sein, Partizipation strukturell zu verankern. Das Geflecht aus Politik, Verwaltung und den Kindern und Jugendlichen selbst muss eng geknüpft sein und im guten Dialog miteinander stehen. Hierbei sind Erwachsene als „Brückenkopfinstanzen“ notwendig, die die Arbeits- und Austauschprozesse moderieren und sich im Sinne der Kinder und Jugendlichen für die Verfolgung ihrer Anliegen einsetzen. Sie stehen als Garanten für die Qualität und die Quantität der Beteiligung. Beteiligung braucht zielgruppengerechte Informationen, Begleitung und Mittel, um innovativ und kreativ sein zu können und in den jeweiligen städtischen Planungslogiken zu gelingen. Beides ist wichtig: die Nachhaltigkeit von Partizipation in der Kommune zu verankern und gleichzeitig kinder- und jugendgerechte, auch kurzzeitige Angebote für die Beteiligung zu machen, die nicht immer in die Tiefe gehen können oder müssen.

4. Partizipation kann zu besseren Planungsergebnissen führen, aber sie kann auch Planungs- und Entscheidungsprozesse verlangsamen: Noch gibt es kaum Studienergebnisse über die Wirkungen von Partizipation, insbesondere über die langfristigen Auswirkungen. Aber es gibt etliche Erfahrungswerte: Das Baureferat/Gartenbau in München hat sich beispielsweise zum Ziel gesetzt, alle größeren Planungs- und Umbaumaßnahmen von öffentlichen Grün-, Spiel- und Freiflächen nur mit Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und anderen Anwohnerinnen und Anwohnern durchzuführen. Denn die Erfahrungen zeigen, dass partizipativ gestaltete Planungen deutlich besser angenommen werden und passgenauer sind. Auch müssen weniger Konflikte im Nachhinein korrigiert werden und es wird allgemein pfleglicher mit den neu angelegten oder verbesserten Spielräumen umgegangen. Das sind gleichzeitig „harte“ Kostenfaktoren!

Andererseits sind Planungsprozesse ohnehin langwierig und kompliziert genug, stehen häufig unter großem Zeit- und Erfolgsdruck. So wird oft der Vorwurf laut, dies nicht weiter „unnötig“ durch Beteiligungsverfahren zu komplizieren und zu verlangsamen – ein Dilemma, das nicht grundsätzlich, sondern nur im Einzelfall zu lösen ist.

5. Beteiligung braucht ein öffentliches Bekenntnis und manche Veränderungen in den Strukturen, wenn sie nachhaltig gelingen soll: Um nah an der Zielgruppe Beteiligungsmöglichkeiten, -methoden und -projekte anzubieten, braucht es deutliche Signale der Kommune wie auch des Landes, des Bundes und auf europäischer Ebene, dass Beteiligung gewünscht ist. Partizipation wird von der Zielgruppe aber nur dann ernst genommen, wenn sich Jugendliche selbst ernst genommen fühlen. Das setzt nicht nur voraus, dass sie reale Mitgestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten haben, sondern auch als Expertinnen und Experten in eigener Sache verstanden werden.

Was brauchen die Kommunen an Unterstützung für gelingende Partizipation?

Kommunen können einiges tun, um auf lokaler Ebene, also im Nahbereich der Kinder und Jugendlichen, Akzente zu setzen. Aber die Kommunen brauchen auch die Unterstützung von Landes-, Bundes- und Europaebene, indem zum Beispiel:

- die Vielfalt von Partizipation gesichert bleibt und weiterhin gefördert wird;
- die Rahmenbedingungen für die (erwachsenen) Akteure verbessert werden, z.B. durch Qualitätskriterien für Partizipation;
- durch die Organisation von Austausch- und Diskussionsforen, wie Beteiligung unter welchen Voraussetzungen gelingen kann, sowohl für Kommunen, die sich neu auf den Weg machen, als auch für Kommunen, die schon länger aktiv sind;
- durch eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitforschung über die kurz-, mittel- und langfristige Wirkungen von Beteiligung und durch das Zurverfügungstellen von Evaluationsmodulen;
- die Expertise von lokalen Akteuren auch bei den konzeptionellen Entwicklungen von Beteiligungskampagnen und -strategien auf Landes-, Bundes- und Europaebene eingebunden werden, um also auch hier schon partizipativere, praxisorientiertere und durchlässigere Strukturen zu schaffen;
- Anreize geschaffen werden, auch finanzieller und methodischer Art, um die Arbeit vor Ort zu stärken, sie qualitativ und quantitativ auszubauen und so Partizipation einerseits modellhaft auszuprobieren und zu ermöglichen, positive Erfahrungen damit und Erfolge messbar zu machen, andererseits aber auch dazu beitragen, Partizipation nachhaltig in der Kommune zu etablieren.



Außenansichten

Markus Gander
Präsident der Kinder- und Jugendförderung Schweiz
Infoklick.ch, Moosseedorf

Tagungskommentar mit schweizerischem Blick

Am Schluss einer interessanten Tagung bleiben aus Sicht des Schweizers, der nicht direkt an den Prozessen der Europäischen Union mitwirken kann, zwei Eindrücke: Die europäische Union ist ehrlich bemüht, Jugendliche an der Entwicklung der europäischen Politik teilhaben zu lassen und stellt unter anderem mit dem Strukturierten Dialog mit der Jugend entsprechende Instrumente zur Verfügung. Auf der anderen Seite scheint es nicht oder nur marginal zu gelingen, Jugendliche in die Prozesse einzubinden, respektive eine wirkungsvolle Interaktion zwischen Jugendlichen und der europäischen Politik herzustellen. Der niederländische Europaminister Timmermans bringt das Problem mit seiner These zur Eröffnung der Tagung auf den Punkt: Die Vernetzung und die hohe Bereitschaft der Jugend, sich zu engagieren, werden kaum oder eventuell falsch genutzt.

Die Kinder- und Jugendförderung Schweiz infoklick.ch war an beiden Events in Rom und Köln (2007) ebenfalls präsent. Unsere Jugendagentur „Jugend für Europa“ engagiert sich in den Themenkreisen „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Jugendbeteiligung“ auch mit Blick auf Europa. Aber ehrlich gesagt haben wir weder in Rom noch in Köln realisiert, dass hier der Strukturierte Dialog mit der Jugend irgendeine Rolle spielte oder ein Thema war. Aus diesen Erfahrungen und aus den Diskussionen ergeben sich verschiedene Erkenntnisse: Die Grundlagen für die Entwicklung der europäischen Jugendpolitik mit Jugendbeteiligung sind zwar geschaffen, bei der Umsetzung ergeben sich aber Probleme in mehreren Dimensionen.

Die Erfahrungswelt der Jugend

Der Anspruch der Jugendpolitik auf europäischem Niveau ist für junge Menschen sehr hoch. Europa ist nicht wirklich ihre Lebenswelt. Die beginnt als Kleinkind im Garten, weitet sich auf die Quartierstrasse und den Hinterhof aus und vergrößert sich auf die gesamte Kommune, Stadt oder Region. Es geht um eine Welt, die für Kinder und Jugendliche greifbar, erlebbar und verständlich ist. Dort haben Aktionen eine Wirkung, die für Jugendliche spürbar ist. Dies gilt gleichermaßen, ob es um das konstruktive Mitgestalten oder um eher destruktives Verhalten wie Vandalismus geht - das Feedback ist unmittelbar.

In dieser Lebenswelt werden die Voraussetzungen geschaffen, die junge Menschen dazu bringen, sich bundesweit oder eben auch im europäischen Kontext zu engagieren.

Vorbedingung sind Orte und Plattformen, wo Anliegen und Probleme Jugendlicher partizipativ aufgenommen, bearbeitet und gelöst werden. Mit einfachen und intelligenten Methoden kann hier bei der Jugend das Vertrauen ins demokratische System geschaffen werden: Meine Stimme zählt! Denn wenn bereits lokal und regional diese Instrumente fehlen oder versagen, wird es enorm schwer, Jugendliche in einen Strukturierten Dialog zur Europapolitik einzubinden.

In diesem Prozess scheint mir wichtig, dass Jugendliche früh lernen, dass ihre Sorgen und Wünsche auf lokaler Ebene durchaus auch eine europäische Dimension haben. Themen wie Bildung, Klima, Freizeit oder Gesundheit interessieren und beschäftigen letztendlich alle jungen Menschen von Lissabon bis Warschau. In den Diskussionen während des Runden Tisches, insbesondere durch die Voten der Vertretungen lokaler und regionale Kinder- und Jugendarbeit aus München, wurde deutlich aufgezeigt,



dass Kinder und Jugendliche in erster Linie vor Ort etwas bewegen möchten. Es wurde auch deutlich, dass es viele Jugendliche gibt, die zuerst die nötigen Kompetenzen erwerben müssen, um überhaupt an einem partizipativen Prozess wirkungsvoll teilnehmen zu können.

Kurz gesagt reicht es nicht, Mitwirkungsstrukturen zu schaffen, es braucht eine Mitwirkungskultur. Diese Kultur basiert auf den Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche machen. Sie muss lokal und kleinräumig geschaffen werden. Positive Erfahrungen in Mitwirkungsprozessen fördern das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Gesellschaft. Sie fördern das individuelle Selbstbewusstsein und das kollektive Verständnis, ein Teil dieser Gesellschaft zu sein. Dies ermutigt letztendlich Kinder und Jugendliche auch, sich in komplexere und überregionale Fragen einzumischen.

Die Institutionen

Einmal mehr zeigte sich an dieser Tagung, dass Jugendorganisationen und -institutionen, die überregional wirken, recht weit von der Jugend weg sind. Die eigenen institutionellen Bedürfnisse stehen im Vordergrund und bestimmen die Aktivitäten - ein Phänomen, das wir in der Schweiz ebenfalls bestens kennen. Die relative Jugendferne führt dazu, dass die Inhalte der Diskussionen der Institutionen nicht kongruent zu den Bedürfnissen der Jugend sind. Methoden, Ansprache und Settings richten sich so oft nur an einen kleinen elitären Kreis, der gewöhnt ist, sich in abstrakten Welten zu bewegen. Die Wirkung steht hier nicht immer zwingend im Vordergrund, es geht oftmals mehr um die persönliche Reputation. Die Schere zwischen den tatsächlichen Anliegen und einer jugendgerechten Kommunikation einerseits zu den eingesetzten Programmen und Projekten andererseits ist groß.

Was an der Tagung auffällt, ist die fehlende Strategie bezüglich des Strukturierten Dialogs. Es bestehen Strukturen, es fehlt aber ein übergeordneter Maßnahmenkatalog, der gezielt und unter Berücksichtigung der Lebenswelt der Jugendlichen ihre Partizipation an der europäischen Jugendpolitik fördert. So wurde ich den Eindruck nicht los, dass primär die institutionellen Bedürfnisse im Fokus stehen. Dieser Reflex ist verständlich, denn es geht letztendlich auch um Finanzen, um Legitimation und Reputation. Erschwerend kommt dazu, dass offenbar die verschiedenen Institutionen völlig unterschiedliche Ziele und Ansätze verfolgen. So ist es ein Unterschied, ob man auf lokaler Ebene im Quartier ein Kinderbeteiligungsprojekt aufbaut oder sich in einer studentisch geprägten, jugendpolitischen Organisation bewegt. Ebenso ist es ein großer Unterschied, ob eine Organisation im staatlichen Auftrag agiert oder ob sie eine freie Initiative ist. Eine Rolle spielt dabei auch, ob die Institutionen kommunal, national oder eben international ausgerichtet sind. Und letztendlich ist es entscheidend, mit welchen Ressourcen die einzelnen Akteure ausgestattet sind. Wenn wie bisher Strategie, Maßnahmen und Zielsetzungen nicht hinreichend geklärt sind, besteht die Gefahr, dass die Diskussion und die entsprechenden Forderungen mehr den Interessen der Institutionen dienen als der initiierten Sache. Aber gerade die Organisationen aus dem Kinder- und Jugendbereich können und sollen einen wichtigen Part für den Erfolg des Strukturierten Dialogs spielen. Denn sie decken, weil sie so heterogen sind, ganz verschiedene Gruppen, Regionen und Themen ab. Die Erfolgsfaktoren, die Eva Feldmann-Wojtachnia in ihrem Eingangsreferat benannt hat, können als Grundlage bei der Entwicklung einer strukturierten Zusammenarbeit der Institutionen dienen. Sie sollten zur Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses und eines daraus von allen mitgetragenen Maßnahmenkatalogs eingesetzt werden.

Die Rolle der Politik

Die Europäische Union hat hervorragende Grundlagen zur Mitwirkung geschaffen, die von den einzelnen Mitgliedsstaaten wie Deutschland getragen und ernsthaft behandelt werden. Es ist ein großer Wille spürbar, die Jugend in politische Prozesse einzubinden und mit ihnen gemeinsam die europäische Jugendpolitik zu gestalten.

Nach den beiden Events kritisierten die Jugendlichen die geringe Breitenwirkung und dass die Forderungen und Diskussionen kaum Eingang in die Politik gefunden haben. Hier sehe ich persönlich das Problem der Distanz: Die direkte Begegnung zwischen Politik und Jugend kommt zu kurz oder ist konzeptionell zu wenig für die Jugendlichen auf eine spürbare Wirkung hin ausgelegt.

Jutta König-Georgiades schilderte in ihrem Referat, wie sie die Nähe zu Kindern und Jugendlichen sucht und deren Anliegen aufnimmt. Dieser Weg der persönlichen Kontaktaufnahme ist im Prinzip hervorragend, um Jugendlichen europäische Politik nah zu bringen. Es ist aber auch sehr aufwändig und bei vielen Politikerinnen und Politikern auf europäischem Niveau aus zeitlichen Gründen kaum machbar. Dann stellt sich die Frage, wie und auf welchem Weg die Anliegen der Jugend Eingang in die europäische Politik finden. Um so mehr, als dass die Verbindlichkeiten bei diesem Ansatz aus meiner Sicht eher gering sind. Eine gute Möglichkeit ist die in den Tagungsunterlagen festgehaltene Forderung, den direkten Dialog zwischen Politik und Jugend bei den Jugendveranstaltungen zu fördern, oder besser noch zu institutionalisieren. Es braucht auch Transparenz, was mit den Diskussionsergebnissen, den Forderungen und weiteren Ergebnissen der Jugendveranstaltungen geschieht. Hier schließt sich der Kreis zum Thema „Vertrauen bei der Jugend für die europäische Jugendpolitik schaffen“.

Die Tagung zeigte nebst allen kritischen Punkten auch eine grundsätzlich positive Tendenz: Das Thema Jugendpartizipation und die Entwicklung einer europäischen Jugendpolitik werden auf allen Ebenen sehr ernst genommen. Man zieht Bilanz aus den ersten Erfahrungen mit dem Strukturierten Dialog mit der Jugend und sucht gemeinsam nach Lösungen, Verbesserungen, Vernetzungen und Weiterentwicklungen. Das ist nicht selbstverständlich und lässt für die Zukunft Gutes hoffen.



Gertraud Diendorfer
Geschäftsführerin des Demokratiezentrum Wien

Jugendpartizipation in Europa benötigt Kompetenzen, Raum und Strukturen

Immer mehr Menschen nehmen sich als politisch kompetent wahr und haben einen großen Beteiligungswillen, aber zusehends das Gefühl, immer weniger auf „verfasste Politik“ Einfluss nehmen zu können. Angesichts dieses „Partizipationsparadoxon“ (Plasser) fühlen sich insbesondere Kinder und Jugendliche von den politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltungsprozessen eher ausgeschlossen, stehen jedoch aufgrund verschiedener gesellschaftspolitischer Entwicklungen verstärkt im Fokus der Aufmerksamkeit von Politik, insbesondere auch auf europäischer Ebene. Eine „starke“ Demokratie in Europa braucht die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und speziell die der jungen Menschen.

Jugend und Europa – an beide sind jeweils hohe Erwartungen und Anforderungen geknüpft, die beide nicht in vollem Umfang erfüllen können. Neben der Klärung dieser Zuschreibungen geht es bei beiden Themen auch um eine Diskussion über bzw. das Abgeben von Kompetenzen. Wenn man möchte, dass sich Jugendliche beteiligen, müssen Erwachsene einen Teil ihrer Einflussmöglichkeiten abgeben, damit Jugendliche mehr Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, was ihr Lebensumfeld und darüber hinaus angeht. Beim Thema Europa geht es ebenfalls um das Aushandeln von Kompetenzen, allerdings auf den verschiedenen Ebenen. Die Zuschreibung „Europa ist weit weg und oktroyiert von außen“ gilt es zu hinterfragen, denn Europapolitik ist auch immer Innen- und Kommunalpolitik.

Partizipation ist mehr als Information über Politik

Partizipation wird allgemein als eine Form des Eingebundenseins verstanden, als Teilnahme und Mitwirkung in verschiedenen Bereichen, die einen betreffen. Partizipation wird dabei näher durch die Mitwirkungsmöglichkeiten bzw. den Grad der Teilhabe bestimmt: Kann man mitreden und sich einbringen oder hat man darüber hinaus auch Anteil an den Entscheidungen und den Ergebnissen – beispielsweise von politischen Handlungsabläufen und Prozessen? Information und Mit-Sprache sind demzufolge als Basis bzw. als eine Voraussetzung für weitere Partizipationsformen wie Mit-Entscheidung und Mit-Beteiligung sowie Selbstverwaltung anzusehen.

Im gegenwärtigen Prozess der Einbindung von Jugendlichen muss es auch um die Bereitschaft gehen, Asymmetrien und Machtverhältnisse zugunsten der Jugendlichen zu verändern. Jugendpartizipation ist also mehr, als Jugendliche über Politik zu informieren oder ihre Wünsche und bevorzugten Themen einzuholen. Die entscheidende Frage lautet, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß (insbesondere politische) Partizipation möglich ist und was dafür benötigt wird. Damit Jugendliche kompetent mitreden und mitwirken können, brauchen sie Kompetenzen, Raum und Strukturen. Dies war das Kernthema des Runden Tisches zum Strukturierten Dialog in München, worüber aus den verschiedensten Perspektiven und vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Funktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv diskutiert wurde.

Jugend ist nicht gleich Jugend

Von Jugendpartizipation zu reden bedeutet auch, über verschiedenste Angebote und unterschiedlichste Maßnahmen zu diskutieren, um der Heterogenität der Jugendlichen gerecht zu werden. Kinder und Jugendliche sind unterschiedlich nach Geschlecht und nach sozialer sowie politischer Sozialisation. Aufgrund der Pluralisierung und Individualisierung von Lebensstilen sind sie eine äußerst heterogene Gruppe. Einen Teil der jungen Menschen kann man als „politisiert“ bezeichnen. Diese Gruppe ist mitwir-



kungsbezogen. Ein anderer Teil ist der Politik gegenüber jedoch kritisch eingestellt und andere Jugendliche wiederum haben kaum ein politisches Interesse. Dennoch: Beteiligung lässt sich lernen, ein Großteil der Jugendlichen ist partizipationsbereit und zum Teil auch schon partizipationserfahren. Diese Jugendlichen wollen mehr Politische Bildung, mehr wissen, mitreden und mitgestalten, so wie dies die Jugendlichen auf dem Jugendgipfel in Rom 2007 formulierten: „As young people, European citizens of today and tomorrow, we declare our readiness to take our share of responsibility ...“. Aber sie wollen dabei ernst genommen werden, wünschen sich also eine Partizipation, bei der sichtbar ist, dass und wie sich ihre politische Teilnahme auswirkt.

Welche Angebote Kinder und Jugendliche in den Schulen, in der Familie und im gesellschaftlichen Umfeld vorfinden und welche Erfahrungen sie damit machen, ist ausschlaggebend für ihre langfristige Beteiligung und ihr politisches Engagement. Kinder- und Jugendpartizipation braucht Strukturen und die Bereitschaft von Erwachsenen, sich ernsthaft einzulassen. Das bedeutet, Politik mit und nicht über junge Menschen zu gestalten, also letztendlich ein Verständnis von Politik zu entwickeln, von dem sich alle angesprochen fühlen.

Partizipation fördert Identifikation mit Europa

Basierend auf dem Weißbuch Neuer Schwung für die Jugend Europas (2001) soll der Strukturierte Dialog mithelfen, nicht nur die Jugendarbeit neu zu stimulieren, sondern Jugendliche in die Diskussion und die Gestaltung Europas mit einzubeziehen.

Aus den bisherigen Erfahrungen, die auch in die Diskussionsrunde in München eingeflossen sind, ist deutlich geworden, dass die Forderungen und die Arbeit der jungen Menschen auf den Jugendgipfeln sowohl in der Vorbereitung als auch bei den Gipfeltreffen selbst zu wenig Resonanz in der Öffentlichkeit finden und auch mitunter zu wenig Nachhaltigkeit aufweisen. Dadurch wird nicht immer sichtbar, welche Forderungen von Jugendlichen durchaus Eingang in die Politik gefunden haben und mit welchen Auswirkungen.

Junge Menschen haben – wie eingangs schon angesprochen – ein grundsätzliches Partizipationsinteresse, tendieren aber zu anderen, eher unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung, die vor allem von Spontaneität und kurzfristigem und themenorientiertem, unkonventionellem Engagement geprägt ist. Die Ermöglichung von zeitlich begrenzten „Mitgliedschaften“ oder sogar Anonymität im Internet kommen diesen Beteiligungsbedürfnissen eher entgegen als herkömmliche Formen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien entsprechen mit ihrer nicht-linearen, vernetzten nicht-hierarchischen und flexiblen Struktur genau diesen neuen Bedürfnissen.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Vorhandensein der Technologie alleine nicht ausreicht, sondern es vielmehr um einen bewussten und kompetenten Gebrauch der Neuen Medien geht, da auch junge Menschen einen unterschiedlichen Zugang zu Neuen Medien haben und es IT-nahe, aber auch IT-ferne Jugendliche gibt. Diesen Zugangs- und Bildungslücke, die hier sichtbar wird, gilt es ebenso wie die sichtbare geringere Technikaffinität bei Mädchen mit sinnvollen Lernarrangements im Internet und der Vermittlung von Medienkompetenz zu überwinden.

Aus Österreich lassen sich dazu einige aktuelle Beispiele anführen (ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität erheben zu wollen), die in Folge der Wahlaltersenkung und des daraus resultierenden stärkeren Fokus auf die Altersgruppe davor initiiert wurden.



Beispiele guter Praxis aus Österreich

→ Senkung des Wahlalters

In Wahrnehmung meiner Außenperspektive möchte ich als praktisches Beispiel die Wahlaltersenkung in Österreich anführen, eine langjährige Forderung von Jugendvertreterinnen und -vertretern in vielen europäischen Ländern. In der Erklärung des Austria Youth Event 2006, der im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft stattfand, wurde in der sogenannten „Deklaration von Wien und Bad Ischl“ die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre als Maßnahme gefordert, mit dem Ziel, junge Menschen verstärkt in den politischen Prozess einzubeziehen und deren Mitwirkung zu erhöhen. 2007 wurde in Österreich eine Reform des geltenden Wahlrechts auf Bundesebene im Nationalrat beschlossen: die Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre sowie die Senkung des passiven Wahlalters von 19 auf 18 Jahre. Damit nimmt Österreich in Europa eine Vorreiterrolle ein. Wenngleich diese Wahlaltersenkung in der medialen Öffentlichkeit nicht unbedingt als Erfolg der Jugendorganisationen und als deren Forderung verbucht wurde (was sicherlich auch, neben anderen Faktoren, mit der geringeren Wahrnehmung der Jugendvertreterinnen und -vertretern als politische Akteure zusammenhängt), so zog diese Wahlrechtsreform eine Reihe von Implementierungsmaßnahmen nach sich, die das Klima für Jugendpartizipation in Österreich schlagartig verändert haben.

→ Demokratieinitiative www.entscheidend-bist-du.at

Diese Initiative der österreichischen Bundesregierung, getragen vom Unterrichts- und Wissenschaftsministerium, will Demokratie für junge Menschen greifbar machen. Um eine lebendige Demokratie zu fördern, Politische Bildung zu stärken und Jugendliche in der Ausübung ihrer Rechte zu unterstützen, sollen Jugendliche für politische Vorgänge sensibilisiert und über die Vielfalt der Möglichkeiten politischer Beteiligung informiert werden. Daher werden viele Projekte nicht nur für Jugendliche, sondern vor allem auch mit Jugendlichen entwickelt und umgesetzt.

Generell stellt sich dabei die Frage, wie sich Kinder und Jugendliche, geprägt von Individualität und pluralen Lebensstilen, stärker und nachhaltig in ein partizipatives Demokratiekonzept integrieren lassen und welchen Beitrag die Informations- und Kommunikationstechnologien in diesem Zusammenhang leisten können, um die Partizipationsbereitschaft zu erhöhen.

→ Demokratiewerkstatt im Österreichischen Parlament www.demokratiewerkstatt.at

Die Demokratiewerkstatt ist ein Projekt des österreichischen Parlaments, das sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren richtet. Unter Einbeziehung von spielerischen Elementen und klassischen wie Neuen Medien wurde bewusst eine junge Zielgruppe angesprochen, um möglichst früh ein Demokratieverständnis zu entwickeln.

→ Online-Amtshelfer www.jugend2help.gv.at

Im Rahmen eines 4-phasigen Projekts kann der Jugendbereich des Online-Amtshelfers mitgestaltet werden. In der bereits abgeschlossenen ersten Phase konnten Jugendliche ihre Ideen einbringen, welche Themen, Informationen und Services HELP.gv.at in Zukunft anbieten soll. Derzeit werden auf Basis der Vorschläge mögliche Modelle für den Online-Amtshelfer entwickelt. In der dritten Phase konnte über alle Konzepte für den Jugendbereich abgestimmt werden. Anschließend wurden alle Ergebnisse ausgewertet, um mit der Umsetzung im neuen Jugendbereich auf HELP.gv.at zu beginnen.

→ Multimedialer Wiki-Guide zu Demokratie – Politik - Partizipation www.PoliPedia.at

Bei www.PoliPedia.at werden Jugendliche zu Produzenten von politisch-partizipativen Inhalten. Im Laufe des Projekts entsteht unter Einbeziehung der Perspektive von Jugendlichen und der Verwendung von „social software“ (Blogs, Wiki, Foren) ein „multimediales kollaboratives Schulbuch im Internet“. Darüber hinaus eröffnet das Projekt Jugendlichen die Möglichkeit, sich einzubringen und mitzudiskutieren, wie man die politische Partizipation von jungen Menschen erhöhen kann und welche Strukturen und Maßnahmen hierfür benötigt werden. In diesem Projekt soll auch analysiert werden, wie neue Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der Politischen Bildung genutzt werden können.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Jugendliche sind grundsätzlich für Beteiligungsprozesse motivierbar, sie müssen allerdings in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Denn politische Partizipation ist ineffektiv und kann sogar unter Umständen kontraproduktiv wirken, wenn die Einbindung von Jugendlichen nur einen symbolischen Charakter hat. Partizipation funktioniert deshalb am besten dort, wo sie auch „von oben“ gewollt wird und wenn eine strukturelle Basis geschaffen wird. Wie in der Fachliteratur vielfach besprochen, so wurde auch in der Diskussion bei der Tagung in München einmal mehr deutlich, welche Einflussfaktoren eine gelungene Partizipation bewirken. Zu den wichtigsten Kriterien zählen hierbei:

- a) Partizipationsangebote, die von den unterschiedlichen politischen Ebenen (von der kommunalen bis zur europäischen Ebene) zur Verfügung gestellt werden,
- b) politische Unterstützung und ausreichende zielgruppengerechte Kommunikation,
- c) die Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche mit Partizipation in den Familien, in der Schule und im Freizeitbereich machen, und ihre Zufriedenheit damit,
- d) ausreichende Kenntnisse über Partizipationsmöglichkeiten und ihr politisches Interesse sowie
- e) das politische Engagement des Freundeskreises.

Zudem ermöglicht das Internet neue Beteiligungsmöglichkeiten unabhängig von Zeit und Raum und kommt Jugendlichen mit ihrem Bedürfnis nach wechselnden Mitgliedschaften und Zugehörigkeiten zeitgemäß entgegen. Der Strukturierte Dialog wiederum ist ein geeignetes Mittel, um junge Menschen mit in das Entscheidungsboot zu holen – er muss sich dabei aber auf europäischer Ebene diesen Bedingungen konstruktiv stellen.

¹ Vgl. Partizipationspyramide in: Frehner, Peter, et. al.: Partizipation von Jugendlichen – Innovative Chancen für Gemeinden, 2004, www.fantasy-projects.ch, Abfragedatum: 10.4.2008 sowie das Positionspapier für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen der Bundesjugendvertretung (Austrian National Youth Council), Dezember 2006, Abfragedatum: 10.4.2008.

² „As young people, European citizens of today and tomorrow, we declare our readiness to take our share of responsibility ...“ Rome Youth Declaration vom 25. März 2007, S. 1., www.youthforum.org/Downloads/youthsummit/rome_youth_finaldeclaration.pdf

³ Deklaration von Wien und Bad Ischl. Erklärung über die Ergebnisse des von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft veranstalteten Youth Event, Wien/Bad Ischl, 28.–31. März 2006.

⁴ Das Projekt www.PoliPedia.at wird vom Demokratiezentrum Wien in Kooperation mit dem ICT&S Center der Universität Salzburg durchgeführt

⁵ Fatke, Reinhard, et. al. „Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2006, S. 30-31.



Teilnehmerbeiträge

Klaus Roggenthin
Koordinierungsbüro Europäische Jugendpolitik
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)

Europäische Jugendpolitik als Koproduktion. Der Strukturierte Dialog als Element einer erneuerten Jugendstrategie der Europäischen Gemeinschaft

Im laufenden Jahr wird die jugendpolitische Zusammenarbeit der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft einer Revision unterzogen. Die Europäische Kommission hat Ende Februar die Regierungen gebeten, bis Herbst 2008 die bisherige Kooperation zu bewerten und Vorschläge für deren inhaltliche und verfahrensmäßige Weiterentwicklung einzubringen. Auf dem Prüfstand stehen im Einzelnen die Offene Methode der Koordinierung (OMK) mit den Themen Beteiligung, Information, Freiwillige Aktivitäten und Jugendforschung, der Europäische Pakt für die Jugend (mit den Hauptthemen Bildung, Beschäftigung, Kinderbetreuung), die Einmischungsstrategie in andere Politikfelder (auch Querschnittsansatz oder horizontaler Ansatz genannt) und der in 2006 hinzugekommene Strukturierte Dialog mit Jugendlichen.

Die Bilanz dürfte in Deutschland – und nicht nur dort – eher durchwachsen ausfallen. Auf der einen Seite hat die Vielzahl europäischer Initiativen im Jugendbereich die Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit gesteigert und Erwartungen auf Seiten der NGO's geweckt. Auf der anderen Seite steht die komplexe (föderale) nationale Wirklichkeit und das Nebeneinander der einzelnen Stränge europäischer Jugendpolitik einer raschen Umsetzung der damit verbundenen gemeinsamen Vorhaben vor Ort entgegen. Ein wichtiger Schritt zur Effizienzsteigerung und damit höheren Akzeptanz könnte daher darin bestehen, die europäische Zusammenarbeit radikal zu vereinfachen, indem ihre bisher unverbundenen Elemente OMK, Pakt und Einmischungsstrategie aufeinander bezogen und zu einer überschaubaren, schlüssigen Gesamtstrategie verknüpft werden. In diesem Zusammenhang muss auch noch die Frage geklärt werden, in welcher Wechselbeziehung der Strukturierte Dialog zu den anderen oben genannten Instrumenten und zum Europäischen Jugendprogramm JUGEND IN AKTION steht bzw. welche Rolle er in einer umfassenden Strategie spielen soll.

Was hat es mit dem Strukturierten Dialog auf sich? Er kann zunächst einmal als ein Versuch verstanden werden, die Distanz zwischen den jungen Europäer/innen und den europäischen Institutionen durch einen regelmäßigen, partnerschaftlichen Gedankenaustausch systematisch zu verringern. In der Tat zeigen Untersuchungen, dass junge Menschen zwar mehrheitlich aufgeschlossen gegenüber „Europa“ eingestellt sind, sich jedoch skeptisch bis ablehnend gegenüber konkreter europäischer Politik äußern. Augenfällig wurde dies bei den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich (29. Mai 2005) und den Niederlanden (1. Juni 2005). Ausgerechnet Europas Hoffnungsträger, die Gruppe der 18-24-Jährigen, sprach sich dort überproportional gegen den Verfassungsentwurf aus oder blieb den Wahlurnen fern. Nicht wenige politische Analysten sahen darin die Quittung für einen bis dato bürgerfernen Politikstil der Europäischen Union und empfahlen, dem offensichtlichen Demokratiedefizit mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten und einer Transparenz fördernden Kommunikationspolitik zu begegnen. Die Europäische Kommission reagierte umgehend und legte bereits im Juni 2005 einen Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit vor. Im Oktober folgte mit „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ die zweite Mitteilung. Schließlich wurde im Februar 2006 das Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik vorgestellt. In allen drei Dokumenten bekräftigt die Kommission ihre Absicht, das Vertrauen der Bürger in europäische Politik durch eine dialogorientierte Kommunikationsstrategie zu erhöhen.

So heißt es im Aktionsplan: „Kommunikation ist Dialog, keine Einbahnstraße. Nicht nur die EU-Organe sollen die europäischen Bürger informieren, sondern auch die Bürger sollen ihre Meinungen zum Ausdruck bringen ... ihre demokratische Beteiligung sollte bei der Ausarbeitung und Gestaltung der EU-Politik unmittelbar zum Tragen kommen.“

Der Strukturierte Dialog mit der Jugend, der von den Jugendminister/innen im Herbst 2005 erstmals vorgeschlagen wurde, stellt gewissermaßen die jugendpolitische Entsprechung dieses Bekenntnisses zu einer bürgernahen Politikgestaltung dar. Im Vorfeld hatte das Europäische Jugendforum erfolgreich für einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Jugendorganisationen und politischen Entscheidungsträgern geworben und dabei auf die in mehreren EU-Politikbereichen bereits eingeführte aber mit jeweils verschiedenen Bedeutungen versehene Formel Strukturierter Dialog zurück gegriffen.

Mittlerweise haben sowohl der Jugendministerrat als auch die Kommission ihre Vorstellungen zu einem jugendspezifischen Strukturierten Dialog konkretisiert, so dass einige seiner Konturen sichtbar geworden sind. Demnach verfolgt der Strukturierte Dialog das Ziel, junge Menschen kontinuierlich in Debatten über politische Gestaltungsprozesse im Rahmen der „europäischen Agenda“ einzubeziehen. Der europäische Themenkatalog wiederum setzt sich zusammen aus den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der jeweiligen EU-Rats-Teampräsidentschaften, den Prioritäten der Offenen Methode der Koordinierung einschließlich der horizontal angesiedelten Themen sowie den Themen des Europäischen Jugendpakts. Die Foren für diesen Dialog sollen sektorübergreifend und „von unten nach oben“ auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene unter Beteiligung von Jugendlichen, Jugendorganisationen, Fachkräften der Jugendarbeit und Jugendforschern stattfinden. Besonderer Wert soll darauf gelegt werden, Jugendliche mit geringeren Chancen und verbandlich nicht organisierte junge Menschen zu beteiligen. Das Europäische Jugendprogramm „Jugend in Aktion“ soll die Implementierung des Strukturierter Dialoges in den Mitgliedstaaten unterstützen.

Dieser Rahmen fordert die Mitgliedsstaaten und die Kommission dazu auf, die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich künftig als Koproduktion zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern anzulegen. Die Einmischung und Expertise junger Menschen – insbesondere bildungsferner, von Ausgrenzung bedrohter junger Menschen – würde so zu einem zentralen Qualitätsmerkmal politischer Planung und Entscheidungsfindung. Es handelt sich zweifellos um eine sehr anspruchsvolle Vision politischer Jugendbeteiligung, für deren Umsetzung es noch keinen Königsweg gibt. Vielmehr müssen die passenden Pfade für einen partnerschaftlichen Gedankenaustausch über die jugendrelevanten europäischen Themen noch aus der Praxis heraus nach und nach entwickelt werden.

Am weitesten sind wir diesbezüglich auf der europäischen Ebene. Die Konsultation junger Menschen während der letzten drei EU-Ratspräsidentschaften war ein Schritt in die richtige Richtung. Nun gilt es, die identifizierten Schwachstellen (z.B. Auswahlverfahren zur Benennung der teilnehmenden Jugendlichen, Vor- und Nachbereitung des Dialogs mit den politischen Entscheidungsträgern) rasch zu überwinden. Von der Ad-hoc-Erstellung von Aktionsplänen durch Jugendliche während dieser Konsultationen sollte jedoch abgesehen werden, da sie keine reelle Chance haben, in nationale Politik einzufließen. Anstatt unrealistischen Erwartungen und damit Enttäuschungen Vorschub zu leisten, sollte daher mit Nachdruck versucht werden, junge Menschen bei der Erstellung und Umsetzung der einschlägigen nationalen Aktionspläne seriös zu beteiligen. Auch die Erstellung von pointierten Deklarationen im Rahmen der EU-Jugendevents kann ein Mittel sein, die Stimmen junger Menschen hörbarer und öffentlichkeitswirksamer zu machen.

Auf Bundesebene wird mit dem für Herbst 2008 geplanten 8. Forum Europäische Jugendpolitik – veranstaltet von JUGEND für Europa und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – eine Möglichkeit zum fachlichen Austausch über die künftige Ausgestaltung europäischer Jugendpolitik eröffnet. Insofern besteht thematisch ein Bezug zum Strukturierten Dialog. Da sich der Teilnehmerkreis jedoch vermutlich hauptsächlich aus Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit zusammensetzen wird, handelt es sich wohl eher um eine mittelbare, stellvertretende Beteiligung an politischer Entscheidungsfindung.

Auf regionaler Ebene wurden exemplarisch mit je einer Vorbereitungskonferenz zum EU-Jugendevent unter deutscher Rats-Präsidentschaft in Nordrhein-Westfalen und in Sachsen-Anhalt in 2006 gute Erfahrungen zur europapolitischen Jugendbeteiligung gesammelt. Auch in diesem Jahr bietet das Land Sachsen-Anhalt jungen Menschen eine lebendige Form der Auseinandersetzung mit Europa an. Unter dem Motto „Europa geht weiter – Dialog der Jugend“ wird in Kooperation mit Schulen Jugendlichen die Gelegenheit gegeben, sich über europäische Politik zu informieren und eigene Vorschläge einzubringen. Im Mittelpunkt steht im Mai die Fahrt mit einem großen Passagierschiff auf der Elbe. An den insgesamt 5 Stationen sind Workshops und Diskussionsrunden mit Schülerinnen und Schülern zu Europa vorgesehen. Ferner wird es ein breit gefächertes Begleitprogramm mit Informationsangeboten (u.a. Markt der Möglichkeiten) sowie kulturelle Events geben. Wert wird auf eine gute Vorbereitung der Jugendlichen durch die kooperierenden Schulen gelegt. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden im Rahmen einer Regionalkonferenz im Juli ausgewertet und sollen als Beitrag in den Dialog der Jugend mit der EU einfließen. Das Interesse anderer Bundesländer an ähnlichen europapolitischen Aktionen für und mit jungen Leuten im Rahmen des Strukturierten Dialoges ist durch diese attraktiven „Pilotprojekte“ spürbar gewachsen.

Die Umsetzung des Strukturierten Dialoges auf lokaler Ebene verlangt am dringendsten nach neuen, guten Ideen. Die Erfahrung, dass es alle bisherigen jugendpolitischen Initiativen der EU im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung und des Europäischen Jugendpakts schwer hatten, in den Kommunen wahrgenommen und aufgegriffen zu werden, setzt sich auch beim Strukturierten Dialog fort. Dies kann nicht verwundern, denn der Aufwand für die inhaltliche Einarbeitung in OMK, Jugendpakt Europäischer Sozialfonds oder Strukturiertes Dialog standen bislang im Missverhältnis zum erkennbaren Nutzen. Insbesondere das Fehlen von Förderanreizen hat dazu geführt, dass die europäische Jugendpolitik in den Städten und Gemeinden kaum angekommen ist. Die Situation hat sich dadurch etwas verbessert, dass nunmehr auch kommunale Projekte zum Strukturierten Dialog aus Mitteln des Europäischen Jugendprogramms „Jugend in Aktion“ gefördert werden können. Im weiteren könnte es sich als sinnvoll erweisen, an bestehenden jugendpolitischen Instrumenten wie etwa den kommunalen Jugendhilfeausschüssen als Plattformen für den Strukturierten Dialog anzuknüpfen, wie dies der ehemalige Europaexperte des Deutschen Jugendinstituts, René Bendit, anlässlich dieser Tagung empfahl. Aber auch die Schule – neben Familie wichtigster „Lebensort“ junger Menschen – muss verstärkt als Partner einer dialogorientierten Auseinandersetzung mit Europa gewonnen werden.

Die kommenden ein bis zwei Jahre sollten genutzt werden, verschiedene – auch unorthodoxe – Modelle des partnerschaftlichen Dialoges junger Menschen und ihrer Organisationen über die jugendpolitische EU-Agenda mit den Behörden und zuständigen Politiker/n/innen zu erproben, auszuwerten und zu kommunizieren. Dies sollte schwerpunktmäßig auf der lokalen Ebene stattfinden. Hierzu sollten auch diejenigen Organisationen ins Boot geholt werden, die sich für Jugendliche einsetzen, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht, oder bereits ausgegrenzt sind. Damit könnte der latenten Gefahr entgegengewirkt werden, dass europäische Jugendpolitik mit ihren zusätzlichen Angeboten die Kluft zwischen chancenreichen – und chancenarmen jungen Menschen vergrößert, statt sie zu verringern.



Parallel dazu sollte es auf europäischer Ebene im Zuge der gegenwärtigen Revision gelingen, die Komplexität und Heterogenität der bisherigen Verfahren zu verringern, damit europäische Jugendpolitik vermittelbarer wird. Auch die Frage einer eigenständigen Förderlinie für eine europäische Jugendstrategie sollte nicht von vorneherein tabuisiert werden. Der Erfolg des Europäischen Jugendprogramms wäre ohne entsprechende Finanzierung durch die Mitgliedstaaten nicht denkbar. In einer neu aufgestellten europäischen Jugendstrategie könnte dem Strukturierten Dialog dann Schritt für Schritt die Rolle eines zuverlässigen jugendpolitischen Kompasses zuwachsen.

- 1 55% der französischen und 62% der niederländischen Wähler hatten mit „nein“ gestimmt. Bei den 18-24-Jährigen waren es 59% in Frankreich und gar 74% in den Niederlanden (Flash Eurobarometer 171, 172, 6/2005)
- 2 s. z.B. Habermas, Jürgen in der SZ vom 6.6.2005: "Europa ist uns über die Köpfe hinweggerollt" (<http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/383/54329/>)
- 3 http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/communication_com_de.pdf
- 4 http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/pdf/communication_planD_de.pdf
- 5 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/01/anlagen/2007-01-19-eu-konferenz-wallstr_C3_B6m-wei_C3_9Fbuch-europa-kommunizieren.property=publicationFile.pdf
- 6 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: SEC 2005 985 endg., S.4
- 7 So wird bereits in 1993 auf dem Gipfel des Europäischen Rates von Kopenhagen ein „Strukturierter Dialog“ als Teil der EU-Heranhaltungsstrategie für die mit der EU assoziierten Staaten in Mittel- und Osteuropa beschlossen. Dieser bezog sich insbesondere auf regelmäßige Konsultationen der Staats- und Regierungschefs, einer Reihe von Ministertreffen sowie die themenspezifische Zusammenarbeit mit den Organen der Europäischen Union. Ferner spielt der „Strukturierte Dialog“ in den Bereichen Sport und Kultur eine Rolle.
- 8 Zentrale Aussagen der EU-Jugendminister zum „Strukturierten Dialog“ sind in der Entschließung vom 13. 11.2006 enthalten, s. http://jugendpolitik.europa.de/downloads/22-177-446/ziel_neu.pdf. Die Kommission hat im Dezember 2006 eine Grundkonzeption mit dem Titel „The European structured dialogue with young people - Basic concept and activities 2007-2008“ vorgestellt, s. http://www.jugendpolitik.europa.de/downloads/22-177-520/concept_action_SD_181206_en.pdf
- 9 z.B. Nationaler Integrationsplan oder Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland
- 10 Nähere Informationen unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=28256>
- 11 Nicht zu unterschätzen ist dabei allein die abschreckende Wirkung des damit verbundenen EU-Jargons, der nicht nur für bildungsferne junge Menschen eine Barriere darstellt.



Wolfgang Gaiser & Johann de Rijke
Deutsches Jugendinstitut, München

Ergebnisse des Eurobarometers und des DJI Jugendsurvey: Junge Menschen in Europa

Wenn das Ziel des Strukturierten Dialogs die systematische und verbindliche Einbeziehung der Jugend in den Prozess der Europäisierung ist, stellen sich gleichzeitig auch vielerlei Fragen nach notwendigen Voraussetzungen, Möglichkeiten und Hindernissen. Zentral sind dabei auch die Einstellungen der jungen Menschen. Wie sieht die Jugend Europa? Ist die EU für sie eine Realität geworden, deren Stellenwert, Funktionsweise und Zukunftsbedeutung selbstverständlich sind oder herrscht eher Unkenntnis und Skepsis vor? Wie steht es bei der jungen Generation mit den Vorstellungen gegenüber Europa? Gibt es einen Optimismus, oder überwiegt eher Skepsis gegenüber dem Projekt Europa? Welche Voraussetzungen erhöhen positive Orientierungen?

Trotz Widersprüchen überwiegt eine positive Haltung gegenüber Europa

Junge Menschen bilden „das optimistischste Segment der europäischen Bevölkerung“ – so das Ergebnis einer Umfrage des Eurobarometer (Sommer 2006 mit 25 Mitgliedstaaten, Standard Eurobarometer 65): 64% der Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 24 Jahren bewerten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache. Diese Altersgruppe ist positiver gegenüber der EU eingestellt als die der Älteren (EU-Durchschnitt 55%). Diese positive Tendenz der jüngeren Generation gegenüber der Zukunft Europas sowie ihrer Erweiterung durch neue Mitgliedstaaten bestätigt sich auch in den beiden Eurobarometer-Umfragen im Jahre 2006 (Special Eurobarometer 251, EB 65.1 „The future of Europe“; Special Eurobarometer 255, EB 65.2 „Attitudes towards EU enlargement“). Die positive Einstellung gegenüber Europa wird dabei insbesondere von jungen Menschen getragen, die über ein vergleichsweise hohes Bildungskapital verfügen. Auch eine neuere Befragung von 19.000 jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren (Frühjahr 2007) in allen 27 Staaten bestätigt das positive Bild von der gegenwärtigen und zukünftigen EU (Flash Eurobarometer 202 „Young Europeans“). Die meisten jungen Menschen assoziieren die EU mit „Freiheit für Reise, Studium und Arbeit“ – wobei in den zwölf neuen Mitgliedstaaten (NMS12) im Vergleich zu den alten Mitgliedstaaten (EU15) die EU positiver gesehen wird, insbesondere auch als ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

- 90% betonen die persönliche »Freiheit für Reise, Studium und Arbeit« innerhalb der Gemeinschaft;
- 72% heben den Schutz von Bürgerrechten als positiv hervor;
- 71% unterstreichen die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Gleichzeitig jedoch werden auch negative Aspekte angesprochen:

- 40% sehen ein Zuviel an Bürokratie sowie eine Verschwendung von Zeit und Geld;
- 35% erkennen in der EU eher eine Bedrohung der kulturellen Identität und Vielfalt.

Jugendliche und junge Erwachsene in den NMS12 Ländern sehen die EU vorwiegend positiv, insbesondere was die „Freiheit für Reise, Studium und Arbeit“ betrifft. Bei den Befragten in den EU15 Ländern wird jedoch die übermäßige

Bürokratie und Verschwendung von Zeit und Geld etwas stärker betont (42% verglichen mit 35% NMS12), ferner die Bedrohung kultureller Identität und Vielfalt (35% verglichen mit 32%).

Jüngere Befragte sowie Befragte mit höherer Bildung haben besonders positive Erwartungen gegenüber der EU. Befragte aus der Arbeiterschaft oder aus ländlichen Gebieten sind dagegen vergleichsweise weniger optimistisch.



Zukunftserwartungen

- 92% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehmen an, dass es in zehn Jahren zunehmend leichter wird, europaweit reisen, studieren und arbeiten zu können;
- 73% sehen mehr Arbeitsgelegenheiten,
- 71% erhoffen sich mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen,
- 68% weniger Ethnozentrismus;
- 67% gehen von einem Zuwachs an höherer Lebensqualität für die Menschen insgesamt aus;
- aber 39% befürchten, dass es in zehn Jahren mehr gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Streiks geben wird.

Auch die Zukunft der EU wird von den Befragten in den NMS12 positiver eingeschätzt, die Befragten in der EU15 dagegen sehen die Zukunft negativer – insbesondere bei der Frage nach den zukünftigen Arbeitsmarktchancen für die junge Generation. Positivere Erwartungen haben insbesondere die jüngeren sowie die noch im Bildungssystem sich befindenden Befragten, ferner diejenigen, die in großstädtischen Ballungsräumen wohnen.

Da bisher bei europaweiten Umfragen sozialwissenschaftliche Feinanalysen angesichts der Stichprobengröße bezogen auf Länderebene und Jugend nicht möglich sind, wurden im DJI-Jugendsurvey entsprechende Fragen aufgenommen. Anhand dieser Daten werden im Folgenden Orientierungen gegenüber Europa, die Verbundenheit mit Europa und das Vertrauen in europäische Institutionen untersucht und Zusammenhangsanalysen mit soziodemographischen und Einstellungsvariablen durchgeführt.

Was fördert positive Einstellungen gegenüber Europa?

Welche Einstellungen und Kompetenzen können positive EU-Orientierungen bei 16- bis 29-jährigen jungen Menschen in Deutschland (DJI-Jugendsurvey 2003) fördern? Aus folgenden drei Aussagen (vgl. Abb. 1) wurde ein Index „positive Einstellungen gegenüber der EU“ gebildet. Er wird durch den Anteil der Befragten bestimmt, die bei allen drei Aussagen einen der Skalenwerte 4 bis 6 angegeben haben.

Tabelle 1:
Europaorientierungen 16- bis 29-Jähriger nach westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern (in Prozent)*

	West	Ost	Deutschland insgesamt
A. Es ist mir klar, wie die Europäische Union funktioniert.	52	45	50
B. Entscheidungen, die von der Europäischen Kommission in Brüssel getroffen werden, betreffen auch mich.	70	59	67
C. Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer.	74	64	72

Quelle: DJI Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen, inwieweit sie für Sie zutrifft. Die Antwortskala war 1 »trifft überhaupt nicht zu« bis 6 »trifft voll und ganz zu«; die Skalenpunkte 4 bis 6 werden hier ausgewiesen.

Für die positiven Einstellungen gegenüber Europa werden nun vier Merkmale als wichtig betrachtet:

Politisches Interesse

Für junge Menschen, die sich generell stärker für Politik interessieren, wird Europa eher von Bedeutung sein als für jene, die an Politik wenig interessiert sind.

Bildung/Bildungsabschluss

Junge Menschen, die einen längeren Weg in allgemein bildenden Institutionen (wie Gymnasien, Fachoberschulen) zurückgelegt haben, besitzen vermutlich ein stärkeres Interesse an Europa. In den Unterrichtsinhalten wird die europäische Perspektive stärker verfolgt, ferner bestehen Möglichkeiten direkter Austauschbeziehungen (schulische internationale Begegnungen, Fahrten ins europäische Ausland).

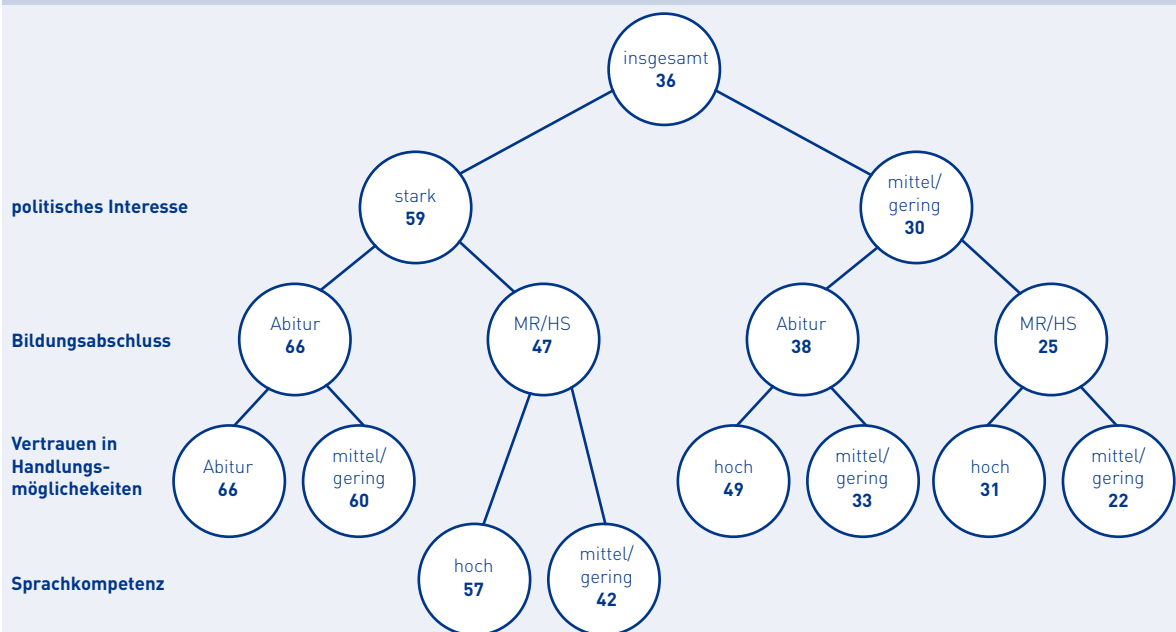
Sprachkompetenz/Beherrschung von Sprachen

Die Beschäftigung mit Sprachen (z.B. im Gymnasium oder während des Studiums) trägt zur Horizont-erweiterung mit europäischer Blickrichtung bei.

Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten

Dieser Modus an Vertrauen wurde als Konzept der »internen Kontrollüberzeugung« konzipiert; es steht für die individuelle Vorstellung, dass das eigene Verhalten sowie die eigenen Anstrengungen den Verlauf des Lebens zentral beeinflussen können. Für den Einzelnen sind demnach Ziele durch eigene Fähigkeiten und Bemühungen erreichbar, und man ist nicht auf Zufälle oder Glück angewiesen. Überzeugungen von der Realisierbarkeit eigener Handlungsmöglichkeiten könnten auch die EU als relevantes Feld für Interessen und Aktivitäten ansehen.

Abbildung 1: Positive Einstellung zur EU nach politischem Interesse, Bildungsabschluss, Vertrauen in Handlungsmöglichkeiten und Sprachkompetenz



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Legende: MR Mittlere Reife, HS Hauptschulabschluss



In Abbildung 1 wurden die Merkmale in dichotomisierter Form verwendet; angegeben sind jeweils der Anteil starker positiver EU-Orientierungen in Untergruppen, die durch diese Merkmale bzw. Kombinationen von ihnen gebildet werden. Dabei wird die Stichprobe stufenweise nach den genannten Merkmalsausprägungen aufgeteilt, und für jede der sich daraus ergebenden Gruppen wird der Anteil positiver EU-Orientierungen ausgewiesen.

Die Variablen wurden wie folgt konstruiert: Positive Einstellungen zur EU (36%): Anteil derjenigen Befragten, die bei allen drei Items (Tabelle 1) einen der Skalenwerte von 4 bis 6 angegeben haben. Politisches Interesse: Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“: „stark“, wenn Antwortvorgaben „sehr stark“ oder „stark“, „mittel/gering“, wenn Antwortvorgaben „mittel“, „wenig“ oder „überhaupt nicht“ angegeben waren. Bildungsabschluss: „Abitur“ entspricht Abitur oder Fachhochschulreife, „MR/HS“ den Abschlüssen mittlerer Reife, Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. Vertrauen in Handlungsbereitschaft: Mittlerer Summenwert von 3 Items („Ich übernehme gern Verantwortung“, „Es hat sich für mich als gut erwiesen, selbst Entscheidungen zu treffen, anstatt mich auf das Schicksal zu verlassen“, „Bei Problemen und Widerständen finde ich in der Regel Mittel und Wege, um mich durchzusetzen“; Antwortvorgaben von 1-„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6-„trifft voll und ganz zu“), „hoch“: Werte über 5, „mittel/gering“: Werte bis 5 (diese Dichotomisierung wurde gewählt, da die Werte 1 bis 3 nur sehr gering besetzt waren). Sprachkompetenz: Frage „Welche Sprachen – außer Deutsch – können Sie so gut, dass Sie sich mit anderen unterhalten können?“ 10 Sprachvorgaben, „hoch“: mehr als 1 zusätzliche Sprache angegeben, „mittel/gering“: maximal 1 zusätzliche Sprache angegeben.

Insgesamt haben 36% eine „positive Einstellung gegenüber der EU“ entsprechend der obigen Definition. Von den Befragten mit starkem politischem Interesse haben 59% positiv geprägte Einstellungen gegenüber der EU, bei mittlerem oder geringem politischen Interesse sind es 30% – immerhin eine Differenz von 29 Prozentpunkten.

Bei Personen mit starkem politischem Interesse und Abitur als Schulabschluss liegt der Anteil positiver EU-Einstellungen bereits bei 66%, bei denen mit Mittlerer Reife bzw. Hauptschulabschluss (MR/HS) bei 47%; auch bei geringerem politischem Interesse ist ein Bildungseffekt zu erkennen (mit Abitur 38% gegenüber 25% mit höchstens Mittlerer Reife).

Das Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten (bzw. die internen Kontrollüberzeugungen) verstärkt die Einstellungen gegenüber der EU (bei starkem politischem Interesse und hohem Bildungsabschluss):

Wer über ein starkes Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten verfügt, hat positivere Einstellungen (74% gegenüber 60% mit geringerem Vertrauen).

Der geringste Wert an Zustimmung gegenüber der EU ist dann gegeben, wenn wenig politisches Interesse, Bildung und Vertrauen in die eigenen Handlungschancen zusammentreffen (22%).

Bei Personen mit geringem Politikinteresse, aber höherer Bildung und stärkerer Kontrollüberzeugung beträgt der Anteil positiver EU-Orientierungen immerhin 49% und liegt damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (36%). Höhere Bildungsressourcen und ein hohes Selbstbewusstsein können auch bei geringem politischem Interesse zur Einschätzung einer subjektiven Relevanz der EU führen. Ein niedriger Bildungsabschluss bei starkem politischen Interesse kann wiederum durch eine hohe Sprachkompetenz ausgeglichen werden (Anteil positiver EU-Einstellungen 57%). Bei den anderen Gruppen von Personen zeigt mehrfache Sprachkompetenz auf der nächsten Stufe aber keine zusätzliche Wirkung.

Fazit

Die Einstellungen gegenüber Europa sind vielschichtig und teilweise widersprüchlich bzw. ambivalent. Positive Einstellungen sind zwar vorherrschend, aber nicht durchgängig gegeben: Ein Teil der jungen Generation sieht Europa durchaus als eigenes Zukunftsprojekt, der andere Teil bleibt jedoch eher skeptisch bis ablehnend. Skeptische Wahrnehmungen gründen oftmals auf den Bereich der Politik, während eher positive Europaeinstellungen häufig mit der eigenen Lebensplanung zu tun haben.

Die nachwachsende Generation in Deutschland nimmt die Bedeutung von Europa sowie die Prozesse der europäischen Einigung mehrheitlich wahr und ist sich der Notwendigkeit einer politisch gedachten Einheit Europas bewusst.

Starkes politisches Interesse, ein höherer Bildungsabschluss, Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten sowie eine Mehrsprachigenkompetenz hängen mit positiven EU-Orientierungen zusammen. Höhere Bildung und ein Bewusstsein der Wirksamkeit eigenen Handelns können auch bei geringem politischen Interesse eine ausgeprägte Wahrnehmung der Relevanz der EU mit sich bringen. Aber auch ein niedriger Bildungsabschluss geht nicht notwendig mit Distanz zu Europa einher, sondern kann durch politisches Interesse und Sprachkompetenz ausgeglichen werden. Für die verschiedentlich formulierte Annahme der Entstehung mehrsprachiger europäischer Funktionseliten liefern die vorgestellten Ergebnisse also durchaus Hinweise. Da dies aber nur für einen Teil der jungen Generation gilt, stellt sich die Frage nach dem anderen Teil, der dem Risiko, Modernisierungsverlierer zu werden, ausgesetzt ist. Hier zeichnet sich möglicherweise ein weitergehendes Problem für diejenigen ab, die nicht nur von Inklusionsprozessen auf der politischen, sondern auch auf der ökonomischen Ebene, ausgeschlossen sind.

Die Einigung Europas ist ein langwieriger Prozess. Während die älteren Jahrgänge der Bevölkerung diesen Vereinigungsprozess Schritt für Schritt selbst erfahren haben, stellt sich Europa für die heranwachsende Jugend als ein dynamischer Raum für politische Prozesse und eigenes Handeln dar. Eine erfolgreiche Nutzung dieser Handlungsräume und die Entwicklung eines positiv auf Europa gerichteten Bewusstseins werden durch Bildung und Chancen im Aufwachsen gefördert. Dagegen wirkt sich die Erfahrung von Benachteiligung und unzureichenden Zugängen zu Bildung, Information, gesellschaftlicher Partizipation sowie Mangel an überregionaler und übernationaler Integration negativ auf das Verständnis von Europa aus. Die notwendigen Konsequenzen für die Akteure aus Politik und Praxis liegen auf der Hand: Stärkung von (politischer) Bildung sowie Förderung individueller Handlungskompetenzen.

Bezogen auf den Strukturierten Dialog bedeutet dies, dass die jungen Menschen auf der kognitiven, der Motivations- und der Handlungsebene konstruktiv in den Prozess der Europäisierung eingebunden werden. An den politischen und praktischen Organisatoren des Strukturierten Dialogs läge es dann, durch dieses Instrument die jungen Menschen zu Gestaltern Europas zu machen.



Resümee

Eva Feldmann-Wojtachnia & Barbara Tham
Forschungsgruppe Jugend und Europa, München

Perspektiven für den Strukturierten Dialog

Die Diskussionen des Runden Tisches zeigten einhellig, dass der Strukturierte Dialog als Chance und Herausforderung angesehen wird, die schwierige Beziehung zwischen Jugend und Politik auf der einen Seite sowie zwischen Jugend und Europa auf der anderen Seite zu verbessern. Unabdingbar hierfür ist jedoch die Ernsthaftigkeit, mit der dieser Prozess verfolgt und weiterentwickelt wird. Insbesondere sind dabei die politischen Akteure gefordert, auf die Jugendlichen zuzugehen, deren Anliegen wahrzunehmen und die damit verbundenen Forderungen in die politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. In diesem Kontext wäre auch eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments in den Strukturierten Dialog wünschenswert.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden sowohl eine Reihe von Defiziten festgestellt als auch konkrete Lösungsvorschläge für die Optimierung des Strukturierten Dialogs gemacht:

Wirkung durch Verbindlichkeit und Transparenz

Nur wenn Jugendbeteiligung Wirkung zeigt und dies den Jugendlichen auch vermittelt und zurückgespiegelt wird, kann der Strukturierte Dialog auf Dauer erfolgreich sein und das Engagement und die Einbindung Jugendlicher auf europäischer Ebene fördern. In diesem Sinne gilt es, die Verbindlichkeit der Prozesse sowie die Transparenz zum Verfahren besser herauszustellen und insgesamt eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Verantwortung für alle Akteure

Um den Strukturierten Dialog nicht mit unrealistischen Anforderungen zu überhäufen und der Gefahr entgegenzuwirken, bei Jugendlichen Frustrationen über uneingelöste Versprechungen auszulösen, ist es wichtig, die Verantwortung bei allen Akteuren und den unterschiedlichsten Ebenen zu suchen und deren aktive und breite Beteiligung zu bewirken. Die während der Veranstaltung geäußerten Erwartungen schwankten hierbei zwischen 'Pragmatismus wahren' und 'europäischen Mehrwert' schaffen.

Stärkung des Bottom up Prinzips

Als besondere Aufgabe wurde angesehen, die lokale und regionale Ebene besser zu erreichen und eine Vernetzung zwischen den beteiligten Akteuren voranzutreiben. Koordinierung darf hierbei aber nicht Zentralisierung heißen, sondern bedeutet eine wirksame und transparente Abstimmung zwischen den beteiligten Partnern. Durch eine effektive Einbindung der Kommunen kann zudem das Bottom up Prinzip gestärkt und die öffentliche Debatte von Jugendfragen im europäischen Kontext möglichst breit und offen gestaltet werden.

Einrichtung von Runden Tischen als Austauschforen

Im Hinblick auf die Verbindlichkeit des Strukturierten Dialogs gilt es, dessen Legitimation näher zu fassen und die konkreten Rechte der Jugendlichen zu benennen. Insbesondere geht es um die Beantwortung der Frage, welche Wirkung der Strukturierte Dialog in Europa haben soll, inwieweit Jugendliche dabei mitwirken können und wie und in welchem Maße Repräsentation hergestellt werden kann. Damit der Strukturierte Dialog auch von unten nach oben aufgebaut werden kann, ist es notwendig, die beteiligten Akteure und Ebenen mit einander zu vernetzen und eine Koordination zwischen den verfolgten Aktivitäten herzustellen. Runde Tische, an denen sich Verantwortliche aus allen Jugendbereichen (Verwaltung, Politik, Schule, Verbände, Organisationen, Forschung, Medien, etc.) abstimmen können, sind sowohl auf



lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene einzurichten als auch vertikal miteinander zu verbinden. Wenn möglich, sollte hierbei auf bereits bestehende Strukturen wie Jugendhilfeausschüsse zurückgegriffen werden.

Homepage und transparente Informationswege

Um die notwendige Transparenz im Strukturierten Dialog zu stärken, muss zunächst klar und deutlich über die Ziele und den erhofften Nutzen des Strukturierten Dialogs informiert werden und die zu beteiligenden Akteure sensibilisiert und mobilisiert werden. Dies gilt insbesondere für die lokale und regionale Ebene. Hier ist es insbesondere erforderlich, im Bereich der Europäischen Jugendpolitik die Kommunikation zwischen der EU und den Kommunen zu verbessern. Zur Erreichung einer breiteren Öffentlichkeit sind adäquate Informationswege zu beschreiten, insbesondere müsste eine zielgerichtete Homepage mit jugendrelevanten Informationen erstellt werden.

Die Homepage sollte sowohl allgemein über die Zielsetzung und Funktionsweise des Strukturierten Dialogs aufklären als auch weiterführende Hinweise zu aktuellen Themen und Diskussionsprozessen liefern. Hilfreich wäre auch eine Projektübersicht der Best-Practices, die Beispiele und Tipps für erfolgreiche Dialogprozesse gibt.

Abstimmung zwischen den politischen Ebenen

Zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland ist es zunächst erforderlich, eine Abstimmung zwischen dem Bundesjugendministerium, den Landesjugendministerien sowie den Kultusministerien über das weitere Vorgehen zu erreichen. Eine koordinierte Zusammenarbeit sollte vielfältige Projekte sowie deren effiziente Vernetzung bewirken. Damit die lokale Ebene aktiviert wird, ist eine Anbindung des Strukturierten Dialogs an die Kinder- und Jugendhilfepläne der Kommunen zu erwägen. Auf diesem Wege könnten mit lokalen Ansätzen europäische Themen transportiert werden und so Europa vor Ort für die Jugendarbeit erfahrbar gemacht werden.

Nutzung von Peer group Ansätzen

Um bei dem Dialog eine möglichst große Anzahl von Jugendlichen zu erreichen, sollten Peer-Ansätze genutzt und die Zusammenarbeit zwischen außerschulischer und schulischer Jugend- und Bildungsarbeit vorangetrieben werden. Während zu allgemeinen Themen der jugendpolitischen Zusammenarbeit möglichst breite Debatten geführt werden können, ist es realistisch, dass zu konkreteren Fragestellungen gezielte Konsultationen mit ausgewählten Jugendlichen stattfinden. Auf diese Weise könnten die Debatten von unten nach oben organisiert werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Anzahl der Themen reduziert, an den Interessen Jugendlicher ausgerichtet sowie im Hinblick auf den Zeitrahmen angepasst wird. So könnten sich beispielsweise die Zeitspannen zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Jugendgipfel an den Teampräsidenschaften orientieren.

Bilanz

Die genannten Empfehlungen und Vorschläge zur Optimierung des Strukturierten Dialogs lassen deutlich erkennen, dass es ohne sichtbare Anstrengungen und die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen kaum zu nennenswerten Änderungen in der Europäischen Jugendpolitik kommen wird. Während der Veranstaltung wurde mehrmals die Frage nach der Notwendigkeit einer Koordinierungsstelle aufgeworfen, die kontinuierlich und im Überblick die nötige Informationsarbeit sowie eine begleitende Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Dialogs leisten sollte. Eines ist bereits beim Runden Tisch deutlich geworden: Ein Nullsummenspiel wird hier nicht möglich sein. Wenn mit dem Strukturierten Dialog tatsächlich eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Jugend und der EU angestrebt wird und hierfür neue Wege beschritten werden sollen, dann sind auch die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür zu entwickeln. Dies kann und sollte durchaus in der gemeinsamen Verantwortung aller Akteure und Ebenen geschehen. Von alleine und en passant wird sich dieser Prozess jedoch nicht vollziehen.

Linkliste zum Strukturierten Dialog mit der Jugend

Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM (2001) 681 endg.
<http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11055.htm>

Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion.
<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/a30000.htm>

Europäische Kommission: Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik. Brüssel, KOM (2006) 35 endg.
http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com2006_35_de.pdf

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele im Bereich Einbeziehung und Information der Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung ihres europäischen Bürgersinns. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 297 (2006) S. 6-10.
http://eurlex.europa.eu/JOIndex.do?year=2006&serie=C&textfield2=297&Submit=Suche&_submit=Suche&ihmlang=de

Europäische Kommission: The European Structured Dialogue with young people. Basic concept and activities 2007-2008. Brüssel, 18. Dezember 2006.
http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-520/concept_action_SD_181206_en.pdf

Europäische Kommission: The European Structured Dialogue with Young People. EAC/D1/JK/D(2007)12810 reg, Brüssel, 10.08.2007.
<http://www.youthbg.info/bg/documents/84/file84.doc>

Homepage zum Jugendgipfel in Rom 2007.
http://europa.eu/50/news/article/070316_a_de.htm

Jugendevent „Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle Kinder und Jugendliche. Köln, 13.-16. April 2007. Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Aktionsplan.
http://www.youth-event-germany.de/downloads/4-20_873/YouthEvent%20and%20Action%20Plan%20Cologne%20DE.pdf

Portuguese Youth Event. Volunteering: A challenge for youth empowerment in the 21st century. Schlussfolgerungen. Lissabon, 15.-17. September 2007.
http://www.youth-event-slovenia.si/docs/portuguese-youth-event-conclusions-2-1_en.pdf

Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zum Konzept des Strukturierten Dialogs mit jungen Menschen vom Dezember 2007.
<http://www.dbjr.de/index.php?lang=&m=4&id=120&year=2007&>

Homepage der Nationalagentur Jugend zum Strukturierten Dialog.
http://www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/strukturiertes_dialog/

Im Rahmen des 2001 veröffentlichten Weißbuch der Kommission mit dem Titel Neuer Schwung für die Jugend Europas und der daraus folgenden offenen Methode der Koordinierung als wurde als ein Schwerpunkt der gemeinsamen Zielsetzung die Förderung der Partizipation junger Menschen in Europa vereinbart. Dies spiegelt sich auch in der Kommunikationsstrategie der EU und dem Plan für mehr Demokratie, Dialog und Diskussion wider. Mit Hilfe dessen sollen insbesondere auch die Beteiligung Jugendlicher gefördert und ihr europäisches staatsbürgerliches Bewusstsein geschärft werden.

In diesem Sinne wurde Ende 2006 als neues Instrument die Einrichtung eines Strukturierten Dialogs mit der Jugend ins Leben gerufen. Ziel dabei ist es, die Jugendpartizipation in den Mitgliedsstaaten nachhaltig zu intensivieren und junge Menschen aktiv in die Debatten über die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund fand vom 25.02.–16.02.2008 ein Runder Tisch zum Strukturierten Dialog in München statt. Rund 40 Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit, aus Politik und dem Medienbereich diskutierten gemeinsam über den Stand und die Perspektiven der aktuellen EU-Jugendpolitik. Die Veranstaltung wurde von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung inhaltlich konzipiert und in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt.

In der vorliegenden Publikation werden die inhaltlichen Beiträge und Ergebnisse des Runden Tisches zum Strukturierten Dialog dokumentiert und eine handlungsorientierte erste Bilanz gezogen.

